Untersuchungen über die Presse als Machtform

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Doktorwürde
genehmigt von der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

Hans Bussmann
aus Bremen

Dr. Emil Ebering, Berlin NW 7, Mittelstraße 29.

1933.

238

Referenten: Professor Dr. Dovifat
Professor Dr. Vierkandt

Tag der mündlichen Prüfung: 10. November 1932

Tag der Promotion: 1. März 1933

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Dem Andenken meines Vaters

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41533918_0017

Einleitung.

Rang und Bedeutung eines Phänomens im Gebiete der Politik können auf zwei Arten nachgewiesen werden. Die eine Möglichkeit verbindet den Vorzug des traditionellen wissenschaftlichen Denkens mit einer hohen Gewißheitschance, die Grenzen approximativ zu markieren. Dies ist jene bekannte Methode, die mit Hilfe statistischer Unterlagen über Umfang, Verbreitung, Intensität der Erscheinung zu arbeiten pflegt, des weiteren historische Untersuchungen über Ursprung und Entwicklung anstellt und die Ursachen erforscht, die zur Auslösung geführt haben. Durch Zusammenfassung — man ist versucht zu sagen: durch Addition — der gefundenen Ergebnisse scheint nach dieser Auffassung eine Möglichkeit gegeben zu sein, das Gebiet des zu erforschenden Phänomens abzugrenzen und der Wissenschaft zu gewinnen. Der Tenor einer so gearteten Untersuchung liegt also auf dem Faktum des Seins und eben daher besteht die Gefahr, aus dem bloßen *Dasein* des Phänomens schon auf seinen *Wert* zu schließen, Quantität und Qualität zu verwechseln; dies zumal, wenn es sich um eine terra nova handelt. Wenngleich nun die Hoffnung, eine solche zu entdecken, relativ gering ist, ja, in unserer Zeit es eher darauf ankommt, das Bekannte und scheinbar Vertraute neu zu gruppieren, auf daß der Blick ins Innere dringe . . ., wenngleich also jener Entschluß, die bewährten Bahnen nicht zu verlassen, mit einem gewissen Verzicht erkauft werden muß, so kann der Leser dennoch eine Fülle interessanter Einzelheiten erfahren. Untersuchungen dieser Art erfüllen aber auch noch eine unbezweifelbare psychologische Funktion: statistische Enquêten pflegen eine beruhigende Wirkung auszuüben —. Eine zahlenmäßige oder graphische Darstellung etwa über die Verbreitung der verschiedenen Religionsgemeinschaften dürfte für die Überzeugung von

der Bedeutung der Religion in der Gegenwart weniger nachhaltig sein als, um bei dem Beispiel zu bleiben, eine psychologische Untersuchung über das Verlangen unserer Zeit nach religiösen Bindungen, die, ohne jedes Zahlenmaterial arbeitend, den Ton auf das *„Verlangen"* legt; anders formuliert: auf die Unmöglichkeit der *Nicht-Existenz* des untersuchten Faktums, in diesem Fall: der Religion.

Dieser zweite Weg nun, der hier für einen Spezialfall konkretisiert wurde, ist also die Erwägung, wie die Sphäre der Politik wohl beschaffen wäre, wenn man einmal das Objekt der Untersuchung daraus eliminierte. Es wäre gewissermaßen ein vorläufiger und indirekter Beweis und die genaueren Grenzbestimmungen des Phänomens müßten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Man stellt das Objekt zunächst gleichsam in Frage und versucht, es als belanglos oder: *nicht* als eine conditio sine qua non zu werten. Denken wir uns nun den Fall, der heutige Staat sei theoretisch und praktisch möglich ohne das Objekt, dessen Bedeutung wir erforschen wollen und setzen wir dafür jeweils die Kirche oder das Militär oder das Beamtentum oder welches Glied auch immer des staatlichen Organismus wir betrachten wollen —: die Überzeugung, eine Amputation könne ohne Schaden für das Wohl des Ganzen vollzogen werden, würde manche Arbeit, die die Wichtigkeit ihres Gegenstandes durch eine Anhäufung statistischen Materials zu belegen versucht, in einem anderen Lichte zeigen.

Wie aber, wenn der Gedanke der Elimination sich sofort und mit absoluter Sicherheit als unerträglich erwiese? Wenn der Versuch einer Nichtwertung auf unüberwindliche Widerstände stieße? Wenn der Staat ohne das Objekt — unmöglich wäre? Mögen dann die exakteren Formulierungen und Grenzbestimmungen noch fehlen, ja, mag das Gebiet noch bei weitem größer sein als der erste Eindruck es uns zeigt, — die beunruhigende Ahnung von der Existenz einer bisher *so* nicht gesehenen Macht, das verwirrende Gefühl, der Staat sei anders basiert, anders verflochten als man bisher annahm: dies Alles zusammen wäre wohl geeignet — wenn es ein solches Objekt gäbe — als einleitende und vorläufige Bemerkungen über den Rang und die Bedeutung des Gegenstandes zu dienen.

Ich habe für eine Betrachtung und Bewertung dieser Art einige Institutionen des modernen Staates: Kirche, Militär, Beamtentum, scheinbar wahllos genannt und ohne Wertmaßstab gruppiert. Allein, die Auswahl ist nach einem bestimmten Motiv erfolgt und die Plazierung geschah im Hinblick auf mein Objekt: *die Presse.* Jene Reihenfolge nämlich zeigt in steigender Linie Wert und Bedeutung der erwähnten Objektivationen für den Gegenwartsstaat.

Wenn wir nun unseren indirekten Beweis versuchen, d. h. durch eine gedankliche Elimination den Wert oder die Notwendigkeit der erwähnten Objektivationen festlegen wollen und mit der Kirche beginnen, so liegt der Fall hier verhältnismäßig einfach: der Staat ist denkbar, ist konstruierbar ohne Kirche. Der Wert dieser Institutionen für die Psyche des Individuums steht nicht zur Diskussion. Ob die Kirche durch eine Trennung vom Staat oder durch ein absolutes veto des Inhabers der politischen Gewalt gewinnen oder verlieren wird — gehört auf ein anderes Blatt. Wohl aber ist es erlaubt, vom Blickpunkt der Notwendigkeit für den Staatsorganismus, den vorigen Satz aus der Zeitform des Futurums in die der abgeschlossenen Vergangenheit zu überführen. Denn die Geschichtsepoche, in der wir leben, kennt bereits die Existenz a-religiöser Staatssysteme und hat dadurch den Beweis erbracht für die Behauptung: die Elimination des Elementes der Kirche integriert in nichts den organischen Bau des Staates. Die Kirche ist also für ihn kein notwendiges Ingrediens; die Geschichte lehrt es.

Schwieriger wird die Untersuchung, wenn wir uns dem zweiten Gebilde zuwenden und an ihm die Folgen einer potentialen Elimination betrachten wollen. Die Bejahung oder Negierung des Heeres ist zu einer politischen Prestigefrage geworden, als solche affektbetont und somit für eine wissenschaftliche Betrachtung ungeeignet. Dies aber ist sie wiederum nur solange, als eine Entscheidung, eine Alternative verlangt wird. Hier aber geht es um eine wesentlich andere Erwägung, indem nämlich allein schon *das unbestrittene Faktum des Streites,* verglichen mit früheren Zeiten, ein novum darstellt und dadurch eben *eine neue Art der Bewertung* beweist. Die Rolle des Soldaten ist im heutigen Staate eine wesentlich geringere als früher. Wenn

z. B. in diesen Tagen der Wehrminister eine Rede hält über die Bedeutung der Armee für die auswärtige Politik, so liegt der Anlaß zu dieser Rede in einer Zeitströmung, die jene Bedeutung eben anders bewertet als der Minister. Noch vor zwei Jahrzehnten wäre diese Rede überflüssig gewesen. Es muß daher eine andere Konstellation eingetreten sein, eine andere Macht gebieterisch sich in den Vordergrund geschoben haben. Diese neue Bewertung ist in fast allen Staaten vorzufinden, wobei natürlich bemerkt werden muß, daß die antimilitaristische Bewegung zahllose Schattierungen aufweist. Allein, da es hier nicht um die Berechtigung dieser Bewegung geht, so kann auf eine Kritik der einzelnen Versionen verzichtet werden: es ist für diese Arbeit, die die *Presse* als Machtform untersucht, ausreichend, daß auch die Institution des Heeres in ihrem Verhältnis zum Staat verneint, ja es genügt, daß der Wert dieser Institution überhaupt von einer Gesellschaftsschicht in Frage gestellt worden ist. Eine *Wertverminderung* muß eingetreten sein.

Faktoren des Staates, für die heute der Terminus: conditio sine qua non in vollem Umfange zu gelten hat, scheinen Presse und Beamtentum in fast gleichem Maße zu sein. Sobald man aber ihre Wirkung als Machtfaktoren einer Vergleichung unterzieht, ist doch ein gewisser Unterschied zu erkennen. Das Beamtentum ist relativ isoliert; der Berührungspunkte zwischen Individuum und Beamtenschicht sind wenige; es ist ein Stand, der, zumindest theoretisch, unter öffentlicher Kontrolle steht, und dies ist ein für die stimmungsmäßige Wertung der Öffentlichkeit sehr wichtiger Faktor. Ferner: die Behörde ist *trotz ihres anonymen Charakters* eine festumrissene Institution, die in ihrer funktionellen Position genau bekannt, in ihrer Wirkung relativ genau abschätzbar ist. Des weiteren: Wert und damit Rang und Bedeutung des Beamtentums unterliegen dem Tagesurteil und der öffentlichen Meinung, vertreten durch die Presse. Man könnte hier den Einwand erwarten, daß es keine Zeitung gebe, die eine radikale Kritik dieser zweifellos wichtigen Staatsschicht zu unternehmen wage; dies ist irrelevant. Es genügt, daß der Bürger eine Möglichkeit sieht (in diesem Fall: durch das Medium der Presse), den Wert des Beamtentums durch eine stärkere Macht „besprechen" zu lassen. Alles aber, was

diskutiert werden kann — und was könnte nicht diskutiert werden? — ist in eindeutiger Position: stärker als der Bürger, viel leicht; schwächer als die Presse, bestimmt!

Wie aber, und nunmehr kommen wir zu unserem Objekt, ist ein Staat in der Gegenwart möglich ohne Presse? Man versuche eine solche Möglichkeit so rein und abstrakt zu denken, wie man will — der Gedanke einer Elimination wird scheitern. Jenes Experiment, welches bei den bisher erörterten Institutionen des staatlichen Organismus nicht unmöglich schien oder, wie im letzten Falle, auch unausgeführt nichts bedrohliches hätte, — hier wird es scheitern. Es scheitert absolut und beunruhigend. Denn im Gegensatz zum Beamtentum und diesem ähnlich gearteten Institutionen ist in der Presse eine Macht verkörpert, die, wiewohl ein absolut notwendiges Ingrediens des Staates, wiewohl in ihrer funktionellen Position zu ihm anonym, dennoch stärkste Wirkung ausübt.

Die Presse ist ein Element des Staates, ohne welches er heute nicht mehr konstruierbar ist. Obwohl scheinbar zu jeder Stunde dem vollen Licht der Öffentlichkeit ausgesetzt, unterliegt die Macht der Presse in der überwiegenden Mehrzahl der modernen Staaten keiner kontrollierenden Instanz, die sich innerhalb des Machtbereiches des Staates befände. Ja, es werden sogar jene Staaten als reaktionär bezeichnet, die eine solche Kontrolle ausüben. Allein auch diese Länder diktatorischer Verwaltung haben ja nie die Presse als solche verboten: die Existenzberechtigung der Zeitung ist stets anerkannt worden, zuweilen sogar mit verdächtigem Eifer. Aus welchen Gründen aber auch immer die Stellungnahme der einzelnen Diktatoren erfolgt ist, der Generalnenner war und ist diese Erkenntnis: daß der Mensch unserer Zivilisation eher den Raub aller politischen Rechte trägt, als daß er auf seine Verbundenheit mit der Zeit durch die Zeitung verzichten könne, und wäre diese vom Titelkopf bis zum Impressum nichts anderes als das offizielle Organ seiner Diktatoren. Je isolierter das Individuum lebt, je mehr sich die überlieferten Bindungen und innigen Verflechtungen auflösen, um einem taylorisierten Nebeneinander Platz zu machen, desto lebensnotwendiger ist die Existenz eines Partners. Die Kultur der Gegenwart besitzt als Basis *nicht*

mehr die Beziehungen vom Ich zum Du, sondern jene eines anonymen Ichs (die Presse) zum gleichfalls anonymen diffusen kollektiven Wir (die Leser). Sie erlebt, anders formuliert, die magischen Kräfte des gedruckten Wortes und erhält ihre Wirkungen aus ihm. Somit wäre die Situation der verbalen Machtausübung, die auf der geheimnisvollen Substanz der Sprache beruht, in folgender Formulierung darzustellen:

Der Wert und damit die Wirkung des Wortes verläßt die ihm zuständige Sphäre des gesprochenen Lautes, der Sprache, um eine neue Verbindung einzugehen, die des Druckes. Durch ihn *verändert,* übt das Wort nunmehr Wirkungen aus, die, vorsichtig formuliert: anders geartet sind, als sie es vor dem Prozeß der Umschmelzung waren. Die Sprache erlebt im Druck einen Prozeß der Versachlichung; sie erringt einen höheren Grad der Objektivierung. Dazu kommt der einheitlich-planmäßige Charakter der (am Rationalismus der modernen Kultur ihren vollen Anteil habenden) neuen Institution, die das gedruckte Wort in ihre Dienste nimmt. Eine Untersuchung der Form verbaler Machtausübung, bezogen auf ihre fast einzige institutionelle Erscheinungsform: die Presse, ist bisher nur sporadisch und politisch gefärbt erfolgt; niemals aber sind *die Prinzipien* der Möglichkeit verbaler Beeinflussung *aus dem Begriff „Zeitung"* deduziert.

Die starke und offenbar unlösliche Verbundenheit des Einzelnen mit der Presse und wiederum der Presse mit dem Staat ist bekannt und oft genug beschrieben. Die Unsicherheit beginnt bei der Markierung der Grenzen des Einflusses. Eben diese Aufgabe ist fast immer im Hinblick auf *politische* Wirkungsmöglichkeiten durchforscht worden; vernachlässigt wurde ein weitaus wichtigerer Faktor: die Erforschung der Kraft der Presse zur *Änderung des seelischen Verhaltens* der Individuen. Bei dieser Kritik muß freilich zugegeben werden, daß die Erwägung und Wägung solcher Imponderabilien äußerst schwierig ist. Daher auch ist in der Literatur über die Presse eine merkwürdige, allerdings durchaus erklärbare, Hypertrophie der *historischen Betrachtungsweise* zu beobachten. Es gibt eine Unzahl Monographien über Ursprung, Entwicklung, Zustand des Zeitungswesens; über den Zusammenhang zwischen ihm und der

öffentlichen Meinung; in den jüngsten Untersuchungen eine intensive Beachtung des kapitalistischen Hintergrundes, der kommerziellen Vertrustung und deren vorläufig letzten Form: der Zeitungskonzerne. Allein, indem dies neueste Bild einer riesigen Meinungsfabrik entworfen, tabellarisch das stete, unwiderstehliche Vorrücken der Presse auf allen Gebieten, die bisher Staat und Individuum als ihr spezielles Eigentum betrachteten, nachgewiesen wird — begnügen sich fast alle Monographien mit dem Nachweis der Richtigkeit ihres Materials. Nur einige schließen mit der Versicherung, daß zwar, wie gezeigt, eine neue Macht im Werden sei, jedoch keine Ursache bestehe, hierin nun eine Änderung auf dem Kräftefelde des Staates zu erblicken. Bildlich gesprochen: das Gleichgewicht der Kräfte, die als Ganzes den Staat repräsentieren, ist durch die Einführung einer neuen Macht wesentlich verschoben. Zudem besitzt das Novum immanent die Tendenz, sich ständig zu vergrößern. Wenn also die Gesamtsumme (der Staat) konstant gedacht wird, muß daher entweder *eine andere Kraft gänzlich* fortgenommen werden, oder *von allen* ein *wesentlicher* Teil: anders ist die Einsetzung einer neuen Kraft unmöglich. Die Hoffnung auf Erhaltung des Gleichgewichts ohne Fortnahme einer alten Kraft oder Minderbewertung aller anderen Institutionen — diese Hoffnung ist falsch und die Konsequenzen müssen notwendig gezogen werden.

Somit stehen auch wir vor der Möglichkeit einer historischen Untersuchung, deren Aufgabe es wäre, die Belege zu der erwähnten Kräfteverschiebung aufzuspüren und darzulegen. Wiewohl nun eine Arbeit, welche die *Wertverminderung der anderen Objektivationen seit Eintritt der Presse in das Kräftefeld des Staates* aufzeigen würde, zweifellos ihre Berechtigung hätte, sei hier dennoch davon abgesehen. Es werde vielmehr der Versuch unternommen, die Wirkung der Presse als fast einziger Form institutioneller verbaler Beeinflussung *abgesehen von der Historie darzustellen,* gewissermaßen: aus dem Begriff Zeitung die Wirkungsmöglichkeiten zu deduzieren.

Wir haben uns als Aufgabe die Analyse der Macht gestellt, die *durch die Presse* ausgeübt wird. Es geht also *nicht* um die Wechselwirkung zwischen Zeitung und Leser, vielmehr ist es

eine, wenn man will, *einseitige* Betrachtung, nämlich nur jener Strömung, die von der Presse zum Leser fließt. Das Problem der öffentlichen Meinung hingegen legt bekanntlich den Schwerpunkt auf die *Wechselwirkung* zwischen jenen beiden Faktoren. An dieser Stelle ist aber der Hinweis erforderlich, daß die „einseitige" Darstellung eines „vielseitigen" Problems nur durch Affektbetonung des Wortes „einseitig" als unwissenschaftlich zu bewerten wäre; sprachkritisch gesehen besagt das Wort „einseitig" nichts über den *Wert*, sondern bezeichnet nur den *Wahlakt*, der sich eben für die Darstellung der *einen* Seite entschieden hat. Es ist nun für die Berechtigung *unseres* Wahlaktes sehr interessant, daß eigentlich seit geraumer Zeit die Diskussion stagniert; zwar bringt jedes Jahr neue Schriften zum Thema: Presse und öffentliche Meinung, dennoch ändert sich nichts an dem höchst Problematischen des ganzen Vorganges. Wir sehen ab von der Unzahl historischer Untersuchungen, die ein bestimmtes politisches, wirtschaftliches oder geistiges Ereignis und seine Reflexe in der Presse „und" in der öffentlichen Meinung erörtern — und wenden uns den prinzipiellen Antworten zu.

Wir zitieren zunächst Löbl's Formulierung und Antwort in seinem Werk „Kultur und Presse", 1903 erschienen, und werden sie mit einer Antwort konfrontieren, die, ein Vierteljahrhundert später erschienen, sämtliche Schriften der Zwischenzeit gründlich verarbeitet hat. Der Gehalt der Sätze ist derselbe. Bei Löbl[1] lautet das Zentralproblem so: „Ist die Presse in ihrem Verhältnis zur öffentlichen Meinung schöpferisch, schafft sie die öffentliche Meinung, sind Presse und öffentliche Meinung Synonyma, oder wirkt die Presse nur verstärkend, nicht schaffend; nicht primär." Seine Antwort lautet: „Mathematisch ausgedrückt, sie wirkt als Multiplikator. Die Null selbst mit der großen Kraft der Presse multipliziert, bleibt Null. Bloß mittels der Presse, d. h. ohne das Vorhandensein der inneren Voraussetzungen läßt sich somit eine dauerhafte und politisch verwertbare öffentliche Meinung nicht schaffen." Und zwei Seiten vorher: „Wiederholt hat es sich noch in der jüngsten Gegenwart ereignet, daß große und mächtige Volksströmungen sich ent-

1. Löbl, Emil, Kultur und Presse, Leipzig 1903, p. 254.

wickeln konnten, ohne daß ihnen eine Parteipresse zur Verfügung gestanden hätte. Es kann somit eine öffentliche Meinung außerhalb der Presse sowie im Gegensatz zur Presse entstehen, sich entwickeln und zur Macht werden . . .". Man sieht, daß die Komplexheit und Unklarheit der Antwort in der Sprache zum Durchbruch kommt: denn was sind „innere Voraussetzungen", was ist „eine dauerhafte und politisch verwertbare öffentliche Meinung"? Der Verfasser nennt die Wirkung der Presse *multiplikatorisch:* Mit Null multipliziert bleibt jede Größe freilich Null; wie aber, wenn die Eins mit Hunderttausend multipliziert wird? Ist die Presse, sind die Hunderttausend *nur die eine Seite einer Multiplikation,* ist die Zeitung „nur" Multiplikator, ist sie nicht schon fast Creator?! Allein, solche einseitigen Erwägungen werden selten ausgeführt, die „Wechselwirkung" bricht immer wieder durch, wie sie, ein Beispiel für viele, auch in einer 1928 erschienenen Schrift über das Verhältnis zwischen öffentlicher Meinung und Presse enthalten ist. Ihr Verfasser ist der gleichen Ansicht wie Löbl. „. . . So kann die Presse wohl die öffentliche Meinung *beeinflussen,* aber nicht bestimmen; sie kann wohl Urteile in bestimmte Richtung lenken und ist in der Lage, kraft ihrer Organisation die Urteils*bildung* einer Kollektivität zu überwachen oder zu formen: aber sie kann nicht . . . die Basis der Urteilsbildung, die Grundgesinnung einer Masse verändern . . . Sie wirkt als Verstärkerin bestimmter Urteilstendenzen, aber sie vermag sie nicht zu erzeugen."[2]

Es versteht sich, daß die Dehnbarkeit des Begriffes „öffentliche Meinung" radikale Lösungen gefördert hat, deren „Radikalität" freilich durch eine Konfrontierung mit anderen ebenso radikalen Lösungen ad absurdum geführt werden kann. So untersucht Erber („Von der Macht der Presse in Deutschland") einige große Volksbewegungen des 19. Jahrhunderts; den Philhellenismus, die Polenbegeisterung, die Burenfreundschaft; Bewegungen, die in der Presse einen starken und lauten Widerhall fanden; und glaubt, angesichts des *negativen* Verhaltens der Regierung, „den Einfluß der öffentlichen Meinung, die Macht

2. Münzner, Öffentliche Meinung und Presse, 1918, p. 91.

der Presse auf die äußere Politik . . . gleich Null"[3] setzen zu dürfen. — Diese Anschauungen eines Fachmannes seien mit einer Äußerung eines anderen Fachmannes, des Chefredakteurs der „Kölnischen Zeitung", Ernst Posse, konfrontiert, der in einem Pfingstartikel der Wiener „Neuen Freien Presse" 1915 über die Macht der Zeitung folgende Sätze schrieb: „Der Krieg hat offenbart, welche Macht der moderne Zeitungsschreiber in der Hand hält. Wäre ohne sie der Krieg überhaupt möglich geworden, möglich in seinen Entstehungsursachen, in seiner Durchführung?" —

Wenden wir uns nun von den extremen Lösungen wieder den Befürwortern einer Wechselwirkung zu, so könnte etwa dies gesagt werden: Die Presse wirkt zwar als Multiplikator der öffentlichen Meinung und gewiß unterliegt der Faktor „Presse" in seiner multiplikatorischen Funktion heftigen Schwankungen; das Wesentliche jedoch ist dies: daß die Presse aus dem Produkt „öffentliche Meinung" (wie auch immer dieser Begriff abgegrenzt werden möge) in der Gegenwart nicht zu eliminieren ist. — Denn welches andere Element des öffentlichen Lebens sollte an ihre Stelle gesetzt werden?

Zweifellos ist eine politische Versammlung von zehntausend Menschen, die einem Redner leidenschaftlich zujubelt, ein anschaulicheres Beispiel für die Stimmung eines Volksteiles, als es selbst die Lektüre der zuständigen Zeitung sein kann; sicherlich auch kann diese Versammlung durch die sprachliche Wirkung der Rede einen Zustand innerer Verbundenheit erleben, dessen rauschhafter Charakter ihn dem einzelnen Versammlungsteilnehmer fast als *die* öffentliche Meinung erscheinen läßt. Die Presse ist freilich nicht in dieser Lage, auf *direktem* Wege öffentliche Meinung (besser wohl, wie empfohlen worden ist: Meinungen in der Öffentlichkeit) zu machen; derartige *unmittelbare* Konkretisierung eines Begriffes steht außerhalb ihrer Machtsphäre. Die Wirkung der Presse ist immer nur gleichsam durch einen Umweg, eben den der Lektüre, zu erzielen: die Lektüre der Ereignisse aber ist nie das Erleben der Ereignisse. Die *Kontinuität der Lektüre* jedoch gibt der Presse jene *nach-*

3. op. cit. p. 86.

schaffende Kraft, die fast zu einer schaffenden Kraft zu werden scheint. Die Zeitung „scheint noch einmal zu schaffen, indem sie aus eigener Sachnähe in das Bewußtsein der Zeit bringt, was sonst wirkungsloser Besitz einzelner bliebe . . . Sie ist das geistige Dasein unseres Zeitalters als das Bewußtsein, wie es in den Massen sich verwirklicht".[4]

Löbl wendet sich gegen die „Überschätzung des Einflusses des Presse-Regimes" und konstatiert eine „Unterschätzung aller anderen Elemente des geistigen und öffentlichen Lebens". Darauf ist zu fragen, *in welcher Form* jene anderen Elemente des geistigen und öffentlichen Lebens in das Bewußtsein des Einzelnen treten, ob sie nicht *in immer steigenderen Maße* das Medium der Presse benutzen, um sichtbar zu werden, somit also eine Verbindung eingehen und offenbar eingehen *müssen*, von deren Wirkung wir in der Einleitung ausführlich gesprochen haben. Allerdings muß hier eine neue Möglichkeit direkter Beeinflussung, also unter Ausschaltung der Presse, zugegeben werden; es ist die des Radio. Welche Form die Macht der Presse angesichts dieses neuen Faktors in der Zukunft annehmen wird, kann kaum angegeben werden. Die Wirkung politischer Rundfunkmeldungen unterliegt indes wesentlich anderen psychologischen Faktoren, die hier nur kurz erörtert werden sollen. Zunächst gilt, daß das gedruckte Wort ein ungleich höheres Prestige genießt als das gesprochene; dem gedruckten Urteil wird eine größere Bedeutung zugemessen als dem mündlichen; der Wertzuwachs, den ein Urteil dadurch gewinnt, daß es im Druck erscheint, ist bekannt. „Ein Rezensent", schreibt Jean Paul, „fälle ein mündliches Urteil, aber stark; jeder stellet ihm doch ein eigenes entgegen. Aber einem gedruckten widerstrebt der Mensch schwer; so sehr und so zauberisch bannt uns Dr. Fausts schwarze Kunst auf seinen Mantel oder in seinen Maguskreis. Diese Allmacht des Drucks liegt aber nicht nur in der Abwesenheit des aussprechenden Geistes — denn sonst hätte sie ja auch der Brief oder das Manuskript —, sondern teils in der dankbar gläubigen Erinnerung, das Höchste und Schönste von jeher nur auf dem Druckpapier gefunden zu

4. K. Jaspers, Die geistige Situation, Bln. 1932, p. 109.

haben, teils in der närrischen Schlußkette, daß der Druckredner, der zu allen spricht, desto unparteiischer zu jedem Einzelnen spreche und daß ihm deshalb zu trauen sei . . ."

Des weiteren wäre bei dieser Frage zu bedenken, daß der Rundfunksprecher auf den Einsatz seines persönlichen Fluidums verzichten muß *ohne dafür den Vorteil der Anonymität* einzutauschen, der in der Presse eine so bedeutende und wirkungsreiche Rolle spielt. Hinzu kommt, daß ein Hörer wesentlich skeptischer zu sein pflegt als ein Leser, vor allem, wenn dem Sprecher nichts anderes zur Verfügung steht als seine Stimme. Gewiß ist die Zahl der Rundfunkhörer ein Plus, aber eben dies verlangt (solange der Rundfunk in den Händen der Regierung ist), eine wenn auch noch so fragwürdige Objektivität, die ihrerseits wiederum einen engeren Konnex zwischen Hörern und Sprechern verhindert. Man darf daher wohl bezweifeln, daß die Wirkung des Rundfunks der Presse gleichkommen wird. Das merkwürdige Verhältnis des Großstädters zu seiner Zeitung ist trotz ständigen Räsonnierens weitaus inniger und gläubiger als gemeinhin angenommen wird. Diese Autoritätsgläubigkeit beschreibt der berühmte Kulturkritiker und Journalist G. K. Chesterton, der als Leitartikler der Illustrated London News und als Katholik gewiß die Problematik der Presse kennt, in folgenden Sätzen: (eine Familie liest in ihrem „favourite newspaper" eine Beschreibung ihrer Straße) „the curious culture of the modern suburb will believe anything it is told in the papers about the wickedness of the Pope, or the martyrdom of the King of the Cannibal Islands, and, in the excitement of these topics, never knows what is happening next door. In this case, however, the two forms of interest actually coincided in a coincidence of thrilling intensity. Their own suburb had actually been mentioned in their favourite newspaper. It seemed to them like *a new proof of their own existence when they saw the name in print. It was almost as if they had been unconscious and invisible before*".[5]

Es ist einigermaßen erstaunlich, daß alle Nachfolger Löbl's, die sein Werk erwähnen, sich jeglicher Kritik seiner Prinzipien

5. G. K. Chesterton, The secret of Father Brown, Leipzig, p. 58.

enthalten, obwohl manche seiner Sätze lediglich zitiert zu werden brauchen, um als falsch erkannt zu werden. Gewiß ist es richtig, daß „regionale und lokale Interessen nur in der lokalen Presse die erforderliche Pflege und Vertretung finden". Hieraus nun aber auf die Unmöglichkeit einer Vertrustung zu schließen, ist ein Irrtum. Die gewaltigen englischen und amerikanischen Preßkonzerne (Berry, Rothermere, Beaverbrook; Hearst, Scripps-Howard;) beweisen doch, daß es zu Fehlschlüssen führt, wenn man, bei einer Betrachtung des Zeitungswesens ohne genügende Erörterung der Prinzipien, für die Zeitung Prognosen stellt, wie die folgende, die durch die Entwicklung des Zeitungswesens längst widerlegt ist: „Aus eben diesem Grunde ist das Preßwesen wohl auch für die Zukunft *immunisiert* gegen das Gift der Vertrustung."[6]

Die Diskussion über die *Wirkung* der Presse, sei diese Wirkung genuin oder multiplikatorisch gedacht, ist solange Mißverständnissen und Unklarheiten ausgesetzt, als man durch die Operation mit so umstrittenen, unzulänglichen, zweideutigen termini die *politische Aktion* beweisen will. Dies zu tun, liegt freilich nahe, indem die Konkreta des Materials: Auflagenhöhe, Wahlstimmen, Verbreitung; — Hoffnung gewähren auf eine Antwort, die derselben Exactheit teilhaftig sei. Aber wäre diese, wie wir sie nennen wollen, *politische Macht* der Presse zahlenmäßig greifbar, demnach etwa durch Wahlresultate zu belegen: so erhebt sich ohne weiteres die Frage, warum dann die Wähler der einzelnen Parteien nicht identisch sind mit den Abonnentenlisten der Parteiblätter, oder umgekehrt, warum wählen nicht alle Leser eines Blattes die ihnen täglich empfohlene Partei ihrer Zeitung? Wie ist die Diskrepanz zwischen der riesigen Auflagenhöhe liberaler Blätter und dem allmählichen Verschwinden der liberalen Parteien zu erklären? Wie jenes vielleicht noch wichtigere Phänomen, das uns eine gewaltige Volksbewegung zeigt, die *nicht* durch eine gleich starke Presse repräsentiert wird? Wer äußerliche, mathematische Berechnungen liebt, steht hier allerdings vor einem Rätsel. Allein,

6. op. cit. p. 289.

die Macht der Presse ist im eminenten und primären Sinn eine *geistige Macht*. Sie formt die seelisch-geistige Physiognomie der Menschheit, und hier ist sie *schöpferisch*. Wer diese Erkenntnis übersieht, kommt notwendig zu der Gleichsetzung der Pressemacht mit dem Faktor einer Multiplikation. Die Presse formt nicht die Politik, *wenn Wahlresultate* — in Parteien ausgedrückt und eingezwängt — *als Maßstab gelten*. Aber sie formt die öffentliche Meinung, hier entgeht ihr nichts, „von den höchsten Problemen der Zeit bis herab zum kleinen lokalen Ereignisse zieht sie alles und jedes in ihren Kreis, alle Beziehungen, die sich vom Bürger zum Bürger und vom Bürger zum Staat und Gesellschaft knüpfen, werden in der Tagespresse behandelt, sie nimmt ihren Lesern nach allen Seiten hin gefangen".[7]

In den wissenschaftlichen Erörterungen über die Presse findet sich häufig eine Verwechslung zweier Begriffe, die, wiewohl streng zu unterscheiden, beide als *das Wesen* der Zeitung fungieren: die reine Idee der Zeitung (wie sie etwa Lassalle proklamiert hat), und der heutige Zustand. Wenn z. B. Mohr[8] schreibt: „das Wesen der Presse ist die Freiheit; Freiheit für jeden, der durch das gedruckte Wort zur Allgemeinheit sprechen will . . ." so dürfte dieser Satz, bezogen auf die Realität, eine Prüfung seines Wahrheitsgehaltes nicht aushalten. Es ist ziemlich unerklärlich, wie Mohr diese Definition wagen kann, da er doch kurz vorher die Tatsache verzeichnen muß, daß „gegenüber einer einmal eingeführten Zeitung es kaum möglich ist, neuen Gedanken (. . . geschweige denn einer neuen Zeitung . . .) freie Bahn zu schaffen". Denselben Widerspruch finden wir bei Löbl, der zunächst von der Presse schreibt: „Wie immer selbst das strengste Urteil über die Stellung der Presse im modernen Leben lauten mag, sicher ist, daß die Armen und Bedrängten an ihr den mächtigsten Förderer haben;"[9] später jedoch, Pierre Mills zitierend, zugeben muß, daß „in England die großen Morgenblätter keineswegs die Meinung aller sozialen Schichten wiedergeben, sondern nur die der leitenden Klassen,

7. Löbl, op. cit. p. 26.
8. Mohr, Zeitung und neue Zeit, 1918, p. 29.
9. Löbl, op. cit., p. 94.

die allein imstande sind, den großen Apparat eines Blattes zu gründen und zu erhalten".[10]

Wir haben diese Unsicherheit in der Bewertung des Zeitungsphänomens zitiert, um zu zeigen, daß die verbale Beeinflussung durch das Medium der Presse unzulänglich analysiert ist, wenn die zwei Faktoren der öffentlichen Meinung (wir nennen die *zurzeit* noch wichtigsten Faktoren): Presse und Leser sowie ihre Wechselwirkung *als gleich erfaßbar* gesetzt werden. Eine Wirkung des Lesers auf die Haltung seiner Zeitung ist zweifellos vorhanden und wir unterschreiben die folgenden Sätze Walter Lippmanns, in denen der amerikanische Schriftsteller den Einfluß der Leserschaft, wenn auch nicht zahlenmäßig, darzulegen versucht:

„The freedom from external control which he (Milton, H. B.) envisaged was posited upon internal control and relevation. But what happened historically was that as external control decayed the internal control disolved. Thus the popular commercial press of the second half of the nineteenth century and down to our times has had as it central motive the immediate satisfaction of the largest number of people."

Die Freiheit der Presse wäre also nach Lippmann so zu verstehen: „free in the sense that it is no subject to governmental control." Und weiter: „Its proprietors and editors had of course their own convictions, but the working principle which actuated their publications was to catch the daily interest of their potential readers. Thus this press, escaped from the tutelage of government fell under the tutelage of the masses."[11]

Was hier für die amerikanische Presse gesagt worden ist, gilt mutatis mutandis auch für die europäische. Wenn wir nun im folgenden von der Machtform der Presse sprechen, so sind wir uns des einseitigen Charakters unserer Arbeit wohl bewußt: stets ist die Zeitung als wirtschaftlich-geistiges Gebilde in allen ihren Funktionen Bedingungen ausgesetzt, die ihre Aktionssphäre einengen. Unsere Aufgabe soll es sein, zu zeigen, wie

10. id., p. 170.

11. Walter Lippmann, Two revolutions in the U. S. press, Yale Review, vol. XX, 1931.

die Presse, in ihrer funktionellen Position als abhängiger Mittler, mit einem Material, das geformt — formen soll, ihre Aufgabe erfüllt. Eine exacte Darlegung dieses Phänomens, für welches die Fachliteratur den terminus „Nachrichtenpolitik" führt, ist bisher nicht versucht worden.

Das Wesen verbaler Beeinflussung innerhalb der Machtsphäre der Presse.

commovent homines non res,
sed de rebus opiniones.
Epikt.

Die europäischen Sprachen kennen für die Erzeugnisse der Rotationspressen zwar graduell verschiedene Bezeichnungen, aber der Generalnenner ist leicht zu finden. Zeitungen, journaux, newspapers: die Wörter zeigen schon die enge Verbindung eines jeden von ihnen mit dem Begriff der Aktualität. Gewiß könnten sprachkritisch feinere Unterschiede, gleichsam als Spiegelung der einzelnen Volkscharaktere, aufgestellt werden, etwa derart, daß der Begriff der Aktualität zwar stets vorhanden ist, aber verschieden weit gefaßt wird: das eine Mal in der Zeit, ein anderes Mal im Tag, ein drittes Mal in den Neuigkeiten; gewissermaßen eine Zuspitzung auf den Grad der Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung. *Die Großen Zeitungen,* d. s. also jene, die, wie ihr Erfolg lehrt, offenbar am besten den Begriff „Zeitung" realisiert haben, tragen in den verschiedensten Ländern die gleichen Zeichen ihres Berufes: Tageblatt, Daily . . ., Le Journal; The Times, Die Zeit, Le Temps.

Sie sind also Vermittler. Was aber vermitteln sie? In welcher Mitte stehen sie? Zwischen wem wird vermittelt? Eine vorsichtige Antwort auf diese relativ einfachen Fragen dürfte etwa so lauten: sie vermitteln, wie ihr Name sagt, zwischen *den Ereignissen der Zeit* und denjenigen Menschen, *die hierüber etwas erfahren wollen.* Ein erster Einwand, bezogen auf die Aussage: „wie ihr Name sagt", kann widerlegt werden: gewiß gibt es *einzelne* große Zeitungen, deren Namen ein welt-

anschauliches Bekenntnis ist (Prawda, Avanti, Vorwärts, L'Assalto, Angriff, L'Humanité, L'ami du peuple), aber für den *Inhalt* gilt das Gebot der Aktualität: die Vermittlung zwischen Gegenwart und Mensch. Hinzu kommt, daß diese weltanschauliche Fixierung im Titel selten ist, denn sie widerspricht eigentlich dem *Ideal der objektiven Wiedergabe,* wie es die Zeitung für sich in Anspruch nimmt. Es ist kennzeichnend, daß im Mutterlande der großen Presse, in England, die erwähnte Subjektivität im Titelkopf eine Rarität ist. (Das Blatt der Arbeiter heißt Daily Herald). Jede Zeitung will also Vermittlerin sein zwischen den Ereignissen der Zeit und den Menschen, die hierüber etwas erfahren *wollen.* Beginnen wir mit dem zweiten Teil, so könnte wiederum gefragt werden: warum werden Zeitungen überhaupt gelesen? Woher stammt das Verlangen nach Zeitungen? Wie ist, ferner, die Bereitwilligkeit zu erklären, mit der der Einzelne die gedruckten Worte einzelner Personen hinnimmt und ihnen eine erstaunliche Aufmerksamkeit und Aufnahmebereitschaft widmet? Wir wollen die Antworten auf einen späteren Zeitpunkt verschieben und zum ersten Teil zurückkehren: die Zeitung will *Vermittlerin* sein; sie gilt als Medium, durch welches hindurch die Zeit zum Menschen dringt, *per-sona* gleichsam: das, wohindurch es tönt. *Die Zeitung* ist für einen großen Teil der Menschheit die *Erscheinungsform der Ereignisse;* das Mittel, wodurch er von ihnen erfährt; das Medium, wohindurch sie gehen müssen, um erkannt zu werden. Damit halten wir bei der ersten Diskrepanz zwischen Wesen und Sein der Zeitung.

Sie gibt vor, eine Wiedergabe der Zeit zu sein; als solche gilt sie dem Leser. Für ihn ist die Zeitung die Darstellung alles dessen, was täglich auf der Welt geschieht. Für die Zeitung ist damit die Notwendigkeit gegeben, durch eine möglichst große Anzahl verschiedenster Ressorts, Beilagen, Sondernummern, den Eindruck größter Vollkommenheit zu erwecken. Wenn der erste Satz einer Untersuchung über die Zeitung als Medium zwischen Zeit und Mensch lauten muß:

1. *die Zahl der Ereignisse in der Zeit ist unendlich,* so muß der zweite Satz, der die *erste* Erwähnung *des Mittels* bringt, durch welches hindurch die Ereignisse zum Menschen dringen,

notwendig die Unendlichkeit auf ein Endliches reduzieren, also diese Formel tragen:

2. *die Zeitung bringt eine Auswahl der Ereignisse.* Wenn jede Zeitung also eine Auswahl der unendlichen Geschehnisse bringt, so ist damit zugleich für jede Zeitung etwas Negatives gegeben: *Ablehnung der Wiedergabe zahlreicher Ereignisse.* Da aber die Auswahl nicht mechanisch, sondern nach einem Wertmaßstab erfolgt, muß an dieser Stelle notwendig der Begriff des *Wertes,* der Bewertung der einzelnen Ereignisse, auftreten. Jede Nachricht wird somit durch diesen Wahlakt in eine Vergleichung mit den übrigen Ereignissen gesetzt. Freilich muß jede Zeitung schon aus technischen Gründen eine Auswahl bringen, denn auch der Umfang der größten Zeitung reicht nicht entfernt aus, „alles" zu melden. Technische Hindernisse allein sind es aber nicht, die den Anspruch der Zeitung: Spiegel der Welt zu sein, paralysieren. Denn selbst eine Addition sämtlicher Nachrichten sämtlicher Zeitungen ergäbe niemals die „Summe" der Ereignisse. Jede Nachricht also, die vor die Augen der Leser tritt, ist bereits *bewertet;* für die Lektüre könnte demnach, kantisch gesprochen, als Maßstab gelten: das: „Es ist ausgewählt" muß alle unsere Vorstellungen begleiten —.

3. *Die Auswahl wird bestimmt durch den technischen Stand.*

4. *Die Auswahl wird bestimmt durch den Wertmaßstab aller derjenigen Instanzen, die über den Nachrichtenstoff zu entscheiden haben.*

Wenn nicht alles gemeldet werden kann, muß notwendig eine Auswahl getroffen werden. Wer aber trifft diese Auswahl und nach welchen Prinzipien erfolgt sie? Wir müssen hier zunächst unterscheiden zwischen den Zeitungen, die, völlig in den Händen einer Regierung, nichts weiter sind als Organe des Inhabers der politischen Gewalt. In diesen Ländern mit diktatorischer Verwaltung ist die Nachrichtenpolitik ein einfacher Vorgang. Die Presse bringt in diesem Fall nur Nachrichten, die, wie immer sie sonst beschaffen sein mögen, ein gemeinsames haben: Auf keinen Fall sind sie ungünstig für die Regierung. Jedes Telegramm ist eindeutig bestimmt; über Erscheinen oder

Verschweigen einer Meldung entscheidet in *diesen* Ländern nur *eine* Instanz.

5. *Der Wertmaßstab ist also abhängig von der jeweiligen Staatsform. In Ländern mit diktatorischen Staatsformen wirkt nur eine Instanz; in allen übrigen Ländern wirken verschiedene Kräfte auf die Nachrichtenpolitik.*

Diese Vernachlässigung der Objektivität läßt sich in Rußland bereits durch das Fehlen „objektiver" Zeitungstitel ablesen. Ein „Lokal-Anzeiger", ein „Tageblatt" wäre als Zeitungstitel in Rußland undenkbar. Die Zielgerichtetheit des gesamten öffentlichen Lebens duldet keine angebliche Objektivität.

Das Wesen der Diskussion.

6. *Die Wirkung der Kontinuität.* Wie immer auch die Zeitung definiert werde, der Begriff eines kontinuierlichen Erscheinens muß notwendig erwähnt werden; Kontinuität des Seins ist in *dieser Sphäre* mit der Kontinuität der Wirkung kausal verbunden. Wenn diese Wirkung (deren Richtung durch die jeweiligen Wertmaßstäbe bestimmt ist), in der Form des Abonnements eine dauernde ist, der Leser somit *eine* Zeitung hält (man könnte sagen: durch eine Zeitung gehalten wird —), dann ist eine Möglichkeit gegeben, daß sein Denken weitgehend vom Denken seiner Zeitung beeinflußt wird. Es ist erforderlich, von einer *Möglichkeit* zu sprechen, weil die Wahlstatistik, wie erwähnt, eine apodiktische Behauptung der Beeinflussung widerlegt. Die kontinuierliche Wirkung der Zeitung zeigt sich aber nicht so sehr in der politischen Formung ihrer Leserschaft als vielmehr in der Formung des allgemein-gerichteten Denkens. Der Nachweis politischer Wirkung kann aber dennoch geführt werden, wenn nur an die Stelle der Statistik über die Verteilung der Parteien die damit nicht identischen Machtverhältnisse der politischen Weltanschauungen gesetzt werden. Das erstaunliche Phänomen einer großen liberalen Presse bei fast völliger Ohnmacht der Parteien des politischen Liberalismus (welche Ohnmacht allerdings nicht zu verwechseln ist mit der des

Liberalismus schlechthin; dieser nämlich greift tief in die Schichten benachbarter Parteien —), zeigt jedoch, wie die Dinge in Wahrheit liegen: wenn das Prinzip der Zeitung die ständige Vermittlung von Tatsachen in der Öffentlichkeit ist, dann erfüllt eigentlich nur jene Presse dieses, oftmals freilich erst künstlich erzeugte Bedürfnis ständiger Diskussion, deren weltanschauliche Basis die *Diskussion bejaht!* Nur so auch ist das Fehlen einer konservativen Presse von Niveau zu erklären, deren publizistische Form eingestandenermaßen äußerst dürftig ist.

Die Autorität erstirbt, wenn man sie erörtert.
Flaubert, Bouvard et Pécuchet.

7. *Die Zeitung ist eine Form beständiger Diskussion, deren Folge praktisch (wiewohl nicht theoretisch) eine Angleichung der Werte ist.*

Der Wert einer Nachricht äußert sich in der Zeitung nur durch den Raum, den man ihr in der Form des Platzes und der Type zubilligt. Der beständige Zwang zum Erscheinen, zur täglichen Diskussion, verlangt, daß täglich etwas anderes diskutiert wird — in räumlich-typographisch relativ starren Formen. Wenn in der Zeitung ein Mittel zur ständigen Diskussion gegeben ist, dann ist damit auch ein Dogma konservativen Denkens bedroht, wonach gewisse Dinge *„außerhalb der Diskussion"* zu stehen haben. Gleichzeitig ist aber auch eine Möglichkeit des Vordringens jener Weltanschauung gegeben, die anti-dogmatisch ist, und in der Tat ist der Liberalismus, wenn auch nicht in der Politik, so doch in ihrem Spiegel, der Presse, am mächtigsten vertreten. Das Wort des großen katholischen Staatsmannes Donoso Cortes: *„Die Bourgeoisie ist die diskutierende Klasse"*, gibt damit zugleich einen Hinweis, welche politische Weltanschauung am ehesten dem Wesen der Presse, als welches wir die *Diskussion* kennen gelernt haben, gerecht wird. Infolge alles dessen ist der Mißerfolg Dogmen-gebundener katholischer oder konservativer Zeitungen erklärlich; ebenso, daß das Streben nach einer hohen Auflage in demokratischen Ländern zu einer Angleichung an die publizistischen Formen des Liberalis-

mus führen muß; Belege hierzu liefert am deutlichsten die politisch benachbarte Presse. — —

Eine andere Gedankenlinie führt von der Wirkung der Kontinuität zur Frage der offiziellen Presse. Das bekannteste Argument gegen die Regierungs-parteilich gebundenen Blätter ist die Behauptung, der Leser lerne keine andere Ansicht der Dinge kennen als die offizielle. Dies setzt voraus, daß in der Demokratie die Möglichkeit allseitiger Informationen bestehe — durch Abwechslung in der Zeitungswahl. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß selbst in Ländern, wo der Straßenverkauf und nicht das Abonnement herrscht, jedes Blatt mit *relativ* gleichbleibendem Absatz rechnen kann; anders wäre ja auch eine Absatzkalkulation, eine Annoncenofferte völlig unmöglich. Von der Möglichkeit der Wahl wird also nur insofern Gebrauch gemacht, als der Einzelne *für sich täglich den gleichen Wahlakt* vollzieht. Die Möglichkeit, sich der kontinuierlichen Wirkung zu entziehen, wird also kaum benutzt; sie widerspricht auch psychologischer Erwägung, da kaum anzunehmen ist, daß der Leser sich ständig in den Zeitungsrubriken neu-orientieren will. Ununtersucht mag bleiben, was der Wahrheit näher kommen dürfte: Die Ereignisse in der Welt durch ein Medium zu sehen, von dem der Leser kaum ahnt, welche Kräfte und Interessen es schließlich bestimmen, oder, statt dessen, die Ereignisse durch den Filter einer Presse zu erhalten, von der bekannt ist, daß sie Organ der Regierung und demgemäß zu bewerten ist.

Die Kontinuität der Wirkung dringt also in beiden Fällen auf die Einheit des Weltbildes; hingegen unterliegt die verbale Beeinflussung mittels der Presse in den *demokratischen Ländern* noch einer Reihe weiterer Instanzen, von denen nunmehr die Rede sein soll.

Der Schmelzprozeß, dem ein Ereignis unterworfen wird, bis es als Nachricht erscheint, beginnt in vielen Fällen bereits im Augenblick seines Geschehens. Der Ort, an dem es geschieht, bestimmt sehr oft die erste Formung; es ist erlaubt zu sagen: wenn ein Ereignis an einem bestimmten Ort vor sich gehen wird (z. B. eine Wahl) dann erscheint es an einem anderen Ort in einer bereits bestimmten Form. Das Gebiet der Erde ist nicht nur politisch aufgeteilt — es ist ebenfalls aufgeteilt unter die

einzelnen Nachrichtenbüros, deren Einflußsphäre sich keineswegs immer mit der Reichweite des Landes deckt, in welchem das Büro stationiert ist. Von einer Wahl, die in einer russischen Provinz stattfinden wird, kann im voraus gesagt werden, daß die tellurische Öffentlichkeit entweder von einem Siege der regierenden Partei erfahren wird oder — überhaupt nichts. Denn für Rußland hat die offizielle Telegrammagentur, die T.A.S.S., ein Vorrecht der Meldung und wird daher entweder die Nachricht färben oder unterdrücken. Die übrigen großen Telegrafenbüros, wie Reuter, Havas, WTB., Stefani, sind in ähnlicher Situation. So hat z. B. Reuter eine gewisse Allmacht und ein Monopol über Meldungen aus dem fernen Osten; erreicht durch rechtzeitige Gründung von Korrespondenzzentralen in den wichtigsten Städten jener Länder; geschützt gegen fremde Invasionen und unerwünschte Konkurrenz durch Verträge mit den übrigen Nachrichtenbüros, die in ähnlicher Weise ihre Region sich sicherten und ausbauten. Es dürfte daher einleuchtend sein, daß z. B. Nachrichten aus Asien (um bei Reuter zu bleiben), die geeignet sind, das Ansehen des englischen Empire in der übrigen Welt zu mindern, entweder unterdrückt oder so geformt weitergegeben werden, daß ein Schaden vermieden wird. Die Koalition der Telegrafenbüros bedingt daher für jedes einzelne von ihnen die Unmöglichkeit, bestimmte Ereignisse kontrollieren zu können, es besteht dadurch eine gewisse Gebundenheit, insbesondere wenn die Nachrichten aus kleineren Orten gemeldet werden. Diese Abhängigkeiten sind des öfteren diskutiert worden. So hat Georg Bernhard dem offiziösen Wolffschen Telegraphenbüro diese Bindungen vorgeworfen: „Das Wolffsche Büro beherrscht unseren Auslandsnachrichtendienst: den größten Mangel sehe ich in der unbedingten Koalition mit den anderen Büros. Die Verbindung mit Reuter ist doch nicht so harmlos . . . Wie soll Wolff Nachrichten aus China, aus Japan kontrollieren; Reuter ist der einzige, der Verbindungen insbesondere in den kleinen Orten hat, Verbindungen, die wir nicht kontrollieren können. So sehen wir Dinge, die für uns von Bedeutung sind, durch die englische Brille".[1]

1. „Deutsche Presse", Nr. 28, Juli 1914.

Es ist daher wohl erlaubt, von einer gewissen Abhängigkeit der Zeitungen zu sprechen, wenn es sich um die Publikation des einströmenden Nachrichtenmaterials handelt. Eine Kontrolle des Wahrheitsgehaltes ist nicht immer möglich, es sei denn, die Nachricht käme auf verschiedenen Wegen und in verschiedener Fassung zur Kenntnis der Redaktion. Als ein Beispiel für völlig divergierende Berichterstattung sei hier ein Telegramm des Berliner Tageblatts mit einem redaktionellen Kommentar wiedergegeben, der ausdrücklich auf den Unterschied hinweist.

„Tokio 26. Februar *(United Press)*

Als Antwort Japans auf die letzte Erklärung Stimsons kann eine Äußerung des japanischen Auswärtigen Amtes angesehen werden, in der es heißt: die Signatur-Mächte hätten gehofft, daß ihre Nicht-Einmischung China zur Einigkeit verhelfen werde . . . Die japanische Regierung dagegen vertrete die Ansicht, daß das Nichtzustandekommen eines geeinigten Chinas die Unrichtigkeit dieser Politik genügend beweise . . . (Diese japanische Gegenerklärung wird ebenfalls von der *Telegraphen-Union* verbreitet, aber in einer *anderen* Fassung, in der sich folgender bezeichnende Satz befindet: ‚Von Seiten des japanischen Außenministeriums wird erklärt, daß die Auslassungen Stimsons über die bedrohten Friedensbürgschaften nur wenig bedeuteten, solange sie nicht die bewaffnete Intervention im fernen Osten bedeuteten.‘ Das ist eine wichtige Ergänzung der vorstehenden Meldung. Die ganze Lage wird dadurch schlaglichtartig erhellt. D. Red.)“

Die Benefizien, die die Regierung manchen Büros zugesteht und gern gewährt durch besondere Bevorzugung bei der Telegrammbeförderung, bei der Priorität der Meldung wichtiger Staatsakte, durch Gewährung offizieller Interviews usw., erfordern auf der andern Seite eine dem Wert gemäße Gegenleistung. Diese aber läßt sich nur in einer Form finden: durch die Propagierung und Weitergabe loyaler Telegramme und durch Unterdrückung aller ungünstigen Meldungen. Als Beispiel möge folgende Polemik des deutschnationalen Berliner Lokal-Anzeigers gegen das WTB. dienen:

„Wie unsere Leser aus dem gestrigen Abendblatt wissen, schloß *Briand* seine Rede gegen den deutsch-österreichischen Zollvertrag mit den diktatorischen Worten: ‚Ich erlaube es nicht (Je ne le permets pas)‘, eine Schlußformel, deren anmaßende Fassung die Schroffheit der Rede des Franzosen noch verstärkte. Es ist außerordentlich befremdend, daß in dem Bericht des halbamtlichen Wolffschen Telegraphenbüros nicht nur

die Schärfe der Ausführungen Briands stark gemildert erscheint, sondern auch jener kategorische *Schlußsatz völlig fehlt.* Eine Tatsache, die kommentarlos wiedergegeben sei."

Dieser Vorwurf einseitiger Berichterstattung bleibt wohl keinem Nachrichtenbüros erspart. Jedes Redigieren ist ein Lenken in eine bestimmte Richtung. „Nachrichten redigieren aber — es mag so objektiv wie möglich geschehen — bedeutet immer: Nachrichtenpolitik treiben. Jedes internationale Nachrichtenbüro behauptet unparteiisch zu sein, treibt aber faktisch irgendeine Nachrichtenpolitik." [2] Der Durchschnittsleser, der ein Telegramm seiner Zeitung überfliegt, bedenkt zumeist nicht, daß die Vordatierung einer Nachricht: WTB., Havas usw. usw. bereits eine Formung der Nachricht ankündigt, eine Formung, die bereits begonnen hat, bevor die Zeitung ihrerseits zur Formung schreitet. — Man könnte sich nun private „unabhängige" Nachrichtenbüros denken, bei denen der offiziöse Faktor und damit eine Gebundenheit gegenüber der Regierung wegfiele, — Telegrafenbüros etwa im Besitze der Opposition. Tatsächlich existieren solche Institute; so ist in Deutschland die Telegraphen-Union (TU) ein beachtenswerter Konkurrent des offiziösen WTB. Allein, vom Standpunkt des Lesers bewertet, ist keineswegs der Instanzenweg um eine Stufe verringert: denn an die Stelle offiziöser Gebundenheit und damit offiziöser Einwirkung, sei sie positiver oder negativer Art, ist die Parteiinstanz getreten, die nachdrücklich ihre Interessen geschützt wissen will. Der Vollständigkeit halber muß allerdings eine Einschränkung der Wirkung erwähnt werden, die in der jüngsten Gegenwart — wenn auch vielleicht vorübergehend — real geworden ist: dies ist der staatliche Eingriff in die Pressefreiheit auf Grund von Pressenotverordnungen. Als Beispiel möge folgende Notiz des demokratischen Berliner Tageblatts dienen:

> Der „Angriff" hat in seinem Bericht über die Reichstagssitzung jene Erklärung des Reichswehrministers seinen Lesern völlig verschwiegen, in der Dr. Groener die Angriffe von Goebbels auf den Reichspräsidenten entsprechend zurückgewiesen hatte. Der preußische Innenminister hat daraufhin im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern den

2. L. Bernhard, Hugenberg-Konzern, p. 90.

„Angriff" auf Grund der Pressenotverordnung zum Abdruck dieser Ausführungen in seiner gestrigen Ausgabe gezwungen.[3]

Des weiteren ist die *kapitalistische Gebundenheit* ein nicht zu unterschätzender Faktor bei der Auswahl und Bewertung wirtschaftlich-politischer Meldungen. Die Struktur unserer hochkapitalistischen Epoche kennt kaum mehr den Begriff reiner Politik; die Verflochtenheit und gegenseitige Durchdringung von Wirtschaft und Politik lassen eine objektive Wertung gar nicht zu, ganz abgesehen davon, daß Objektivität hier nicht gewünscht, im Gegenteil verboten wird. Die offizielle, kapitalistische, geographische Gebundenheit des Büro wirkt also auf das Telegramm ein, bevor es in die Hände der Zeitung gelangt.

Die Presse ist somit, was die Quantität und Qualität ihres Materials anlangt, von den Nachrichtenbüros in hohem Masse abhängig. Lediglich die Notizen des lokalen Teils sind in dieser einen Beziehung nicht bereits vorgeformt, weil hier die Ortszeitung die Priorität der Meldung besitzt. Die Selbständigkeit dieses Wahlaktes ist freilich auch relativer Art, nämlich eingeschränkt durch andere anonyme Mächte. Zudem liegt es im Charakter des Lesers, daß er Meldungen räumlich entfernter Ereignisse (für die Provinzblätter also fast der ganze politische Telegrammteil, der ja von der Metropole gedrahtet wird), eine höhere Wahrscheinlichkeit und Wichtigkeit zumißt, als jenen lokalen Berichten, die eben nicht weit her sind. Der Ausweg der Parteizeitungen, einen sogenannten „Pressedienst" als Aushilfe, Gegengewicht und zur Kontrolle der großen Konkurrenz zu benutzen, ist nur selten erfolgreich und besagt *niemals* eine Verminderung der Instanzen zwischen Ereignis und Leser. Die Regierung hat selbstverständlich kein Interesse an der Bevorzugung oppositioneller Zeitungen; zudem bedingen Gründung, Erhaltung und Ausbau derartiger weltumspannender Institute, die mit den modernsten und technisch vollkommensten Apparaten arbeiten, ungeheure Summen, die entweder durch die Partei oder auf privatkapitalistischem Wege aufgebracht werden müssen. Es ist somit vorgeformtes Material, das in die Hände der Zeitung gelangt, die nun ihrerseits den Wahlakt vollzieht,

3. B. T., 27. 2. 32.

zu welchem ihre leitenden Instanzen sie anhalten. Das Material ist vorgeformt, weil es, auch abgesehen von jeder Textredaktion, ausgewählt ist; es ist vorgeformt, weil *das nicht vorhandene, unterdrückte Material das übermittelte in seiner Qualität bestimmt hat.* —

Der vierfache Wahlakt der Nachrichtenbüros, bedingt durch geographische Lage, durch Einwirkung der Regierung, durch weltanschauliche Bindungen oder durch eine Anlehnung an größere Finanzgruppen, findet seine Fortsetzung und Spiegelung in der einzelnen Zeitung. Die geograpische Lage gäbe zwar jeder Zeitung die Möglichkeit, lokale Ereignisse einfach zu vermitteln, somit also wirklich nur Spiegel zu sein; indessen kann die Einwirkung der übrigen Instanzen so stark sein, daß auch hier der Nachweis einer Operation am Nachrichtenmaterial zu erbringen ist. In welcher Form dieses Interesse sich kundtut, ist nur für die jeweilige Art der Nachrichtenpolitik von Bedeutung; seine Funktion als Sieb wird das Interesse *in jeder Form* ausüben. Dieses Interesse wünscht beschützt und gefördert zu werden. Beides kann hier nur tendenziös zum Ausdruck kommen: durch Tendenz in der Auswahl und durch verschiedene Bewertung des Ausgewählten. Schutz und Förderung bedeuten: Unterdrückung oder Umformung der unerwünschten Meldung — Propagierung oder Überbewertung günstiger Nachrichten. Wenn z. B. eine Zeitung es als ihre Pflicht und somit als die erste Aufgabe der Presse betrachtet „zunächst unsere Leser über den Tatbestand einer politischen Materie zu informieren" und das zu berichtende Ereignis „einer möglichst genauen und unmittelbaren Schilderung zu unterziehen", so trifft diese Formulierung[4] nur die *eine* Seite der Nachrichtenpolitik: es erhebt sich sofort die Frage, was in der Zeitung mit dem Material geschieht, nachdem es „zunächst" als Tatbestand zur Information gedient hat. (Die Frage, wie es möglich ist, aus dieser Selbstdefinition der Zeitung bereits mit annähernder Sicherheit auf den politischen Charakter der Zeitung zu schließen, in der sie erschienen ist, bleibe vorläufig unerörtert. —) Zu welchen Schwankungen in der Bewertung ein und dasselbe

4. Frankfurter Zeitung, 1932, Nr. 214—16, p. 3.

Material führen kann, versuchen wir weiter unten bei der Betrachtung einer Wahlnachricht zu erweisen.

8. *In allen Ländern, die eine sogenannte Pressefreiheit verkünden, ist jede Zeitung von den Erträgnissen des Inseratenteiles weitestgehend abhängig.* Der ausgedehnten Spezialliteratur über die wirtschaftlichen Grundlagen des Zeitungsgewerbes läßt sich die Grundformel entnehmen, daß die Trennung von Inserat und Nachrichtenteil unmöglich ist. Hierbei ist allerdings sorgfältig zu unterscheiden zwischen der redaktionellen Tätigkeit (die von den Interessen des Inseratenteils völlig frei sein kann) und der Tatsache, daß die Zeitung als wirtschaftliches und geistiges Gebilde diesen beiden Attributen Rechnung tragen muß. Der Wunsch nach einer Zeitung, die „absolut" unabhängig ist, ist exakt durchdacht unerfüllbar: in den demokratisch-konstitutionellen Ländern ist die Zeitung in den Händen von Einzelnen oder Machtgruppen, deren Interessen selbstverständlich durch ihre eigene Produktion nicht geschmälert werden darf; was nun aber die Staatspresse anlangt, wie wir sie in reiner Form in der Sowjet-Union, in verklausulierter Form in Italien finden und deren Anhänger vor allem die Unabhängigkeit der redaktionellen Leitung zu rühmen wissen, so kann freilich in diesen Fällen von einem Verlagsinteresse nicht mehr gesprochen werden; der Leser erhält somit zwar eine Zeitung, die unabhängig von kapitalistischen Interessen sein kann, dafür aber um so stärker anderen zumeist gouvermentalen Interessen dienen muß.[5]

Die Instanz: „Kapitalistisches Interesse", die innerhalb der *Zeitungssphäre* auf das Telegramm einwirken kann, braucht nicht identisch zu sein mit der gleichnamigen Instanz, die wir bei den *Nachrichtenbüros* kennengelernt haben. Sie zeigt zwar dieselbe Tendenz — kann jedoch einen *zweimaligen Wahlakt* bezeichnen. Denn es ist durchaus vorstellbar, daß eine Notiz, die das kapitalistische Interesse des Nachrichtenbüros nicht tangierte — beim kapitalistischen Lenker der Zeitung aus irgendwelchen Gründen Anstoß erregt und nicht publiziert wird. Wiederum schieben sich zwischen Ereignis und Leser Instanzen,

5. cf. A. Just, Die Presse der Sowjetunion. Bln. 1931.

deren gemeinsames Merkmal der Wunsch ist, zu kontrollieren, ohne selbst kontrolliert zu werden.

10. Das kapitalistische Interesse kann unter Umständen über die Aufnahme entscheiden, wenn eine Notiz den Interessen des Inseratenteils widerspricht. Das kapitalistische Interesse besitzt diese Macht, weil die Außenwelt in zweifacher Funktion zur Zeitung steht: Der *Abonnent* bezahlt für seine Zeitung einen Preis, der ungefähr die Hälfte der Gestehungskosten deckt — mit anderen Worten, er erhält mit jeder Nummer ein Geschenk des Verlages. Der *Inserent* hingegen bezahlt nach einem Tarif, der nicht nur jenen Verlust deckt, sondern darüber hinaus Gewinn zu schaffen vermag.

11. Wir glauben dennoch sagen zu dürfen, daß der kapitalistische Faktor im allgemeinen überschätzt wird. Wir sind *nicht* der Ansicht, daß die „Zusammenkopplung eines den edlen Zielen der Menschheit dienenden Stoffes mit Ankündigung privaten Erwerbinteresses *der Kernpunkt* der ganzen Einrichtungen ist".[6] Dem widerspräche eine Erfahrung, die insbesondere in der Gegenwart jederzeit aus der Zeitungslektüre gewonnen werden kann; wir meinen hiermit die *kapitalistische Förderung antikapitalistischer Ziele,* wie es z. B. die großen Warenhausinserate in der kommunistischen Presse sind, um ein besonders markantes Beispiel zu erwähnen. Die Inhaber der Warenhäuser wissen selbstverständlich, daß die Tendenz dieser Presse durch ihre Annoncen nicht im geringsten verändert wird. Allein, das kapitalistische Interesse, an die Käuferschichten heranzukommen, zwingt in diesem Fall z. B. die Warenhäuser, eine Bewegung zu unterstützen, die gegen sie gerichtet ist. Freilich scheint es von Jahr zu Jahr undenkbarer zu werden, ein Blatt ohne kapitalistische Bindung zu gründen.

12. Je kleiner der redaktionelle Teil ohne Schaden für den Einlauf der Inseratenaufträge gestaltet werden kann, um so vorteilhafter ist es für die Bilanz. Diese Verbindung von Kapital und Publizität ist von Garr folgendermaßen zusammengefaßt worden: „Jeder technische Fortschritt, jeder die Ausbreitung und das Wachstum des Zeitungswesens befördernde äußere

6. K. Bücher, Ges. Aufsätze, p. 26.

Umstand mußte diese Verhältnisse vertiefen und befestigen. In dem Maße als die Zeitungen umfänglicher, häufiger erscheinend, in größeren Auflagen gedruckt wurden, in dem Maße, als Telegraph und Telephon, Schnellpressen, Rotations- und Setzmaschinen in die Erzeugung der Zeitung eingriffen, in dem Maße, als die moderne Reklame auf das früher so bescheidene Ankündigungswesen der Zeitungen bestimmend einzuwirken begann, — in dem Maße mußten sich naturgemäß die Kosten der Zeitungsherausgabe erhöhen, mußte sich der kapitalistische Charakter, welcher der Zeitung von jeher angehaftet und eigen gewesen, ausprägen. —"[7]

Diese kapitalistische Gebundenheit der Presse ist in neuerer Zeit durch die Gründung großer Annoncenbüros *verschärft* worden. Da die Zeitungen ohne Inserenten nicht existieren können, sind sie gegenüber den Annoncenbüros in einer schwierigen Situation. Wenn sie nicht boykottiert werden wollen, müssen sie den Wünschen der Büros durch die verschiedenartigsten Zugeständnisse entgegenkommen. Die Frage, in welcher *politischen Form* dieser Einfluß sich zeigen kann, beantwortet *Ludwig Bernhard* folgendermaßen:

> Politischer Einfluß eines Annoncenbüros bedeutet vielmehr eine suggestive Wirkung, die notwendig ausströmen wird, von einem Unternehmen, das erstens bedeutende Industrieaufträge zu vergeben hat, zweitens Verfügungsrechte über den Annoncenteil von zahlreichen Zeitungen hat und drittens mitten in einer politischen Sphäre steht.[8]

An dieser Formulierung fällt zunächst der vage Begriff einer „suggestiven Wirkung" auf und in der Tat lassen sich auch für diese Art der Einwirkung exakte Beweise etwa in Form statistischen Materials kaum erbringen; des weiteren aber ist die Bemerkung wichtig, daß manche Büros „mitten in einer politischen Sphäre" stehen. Erwähnen wir hierzu, daß z. B. die Ala Anzeigen-Gesellschaft zum deutschnationalen Hugenberg-Konzern, das Anzeigenbüro Rudolf Mosse zum demokratischen Kreis des Berliner Tageblatts gehört, so ist damit die Möglichkeit einer „indirekt politischen" Wirkung der Annoncenbüros gegeben:

---

7. Max Garr, Die wirtschaftlichen Grundlagen d. modernen Zeitungsgewerbe. Wien 1912, p. 17.

8. L. Bernhard, Der Hugenberg-Konzern, p. 76.

In den zahlreichen Fällen, in denen die Inserenten zweifeln, welche von mehreren Zeitungen für die Insertion die geeigneteste sei, wird jedes Annoncenbüro den Auftrag im Zweifel derjenigen unter den gleichwertigen Zeitungen zuwenden, mit der er selbst in enger Geschäftsverbindung steht. Diese geschäftliche Selbstverständlichkeit verursacht überall da eine politische Wirkung, wo die eng mit einem Büro verbundenen Zeitungen einer bestimmten politischen Richtung angehören.[9]

Es ist einigermaßen erstaunlich, daß man diese schwerwiegenden Abhängigkeiten der Nachrichtenpolitik so leicht nimmt und so rasch mit Erklärungen bei der Hand ist, sie als unerheblich zu bewerten. So schreibt Löbl:[10]

„daß die kapitalistische Gestaltung des Pressewesens speziell mit einer Einbuße an Unabhängigkeit der Meinungsäußerung und an freier Beweglichkeit verbunden ist. Das ist nur natürlich. Ein Unternehmen, worin große Anlagekapitalien investiert sind, wird . . . auf eine gewisse Stetigkeit des geschäftlichen Gedeihens bedacht sein müssen . . . Diese Rücksicht auf die ungeschmälerte Ertragsfähigkeit des Unternehmens bringt es mit sich, daß das Blatt bemüht sein wird, sich mit den jeweils herrschenden Strömungen in Übereinstimmung zu halten."

Sein Einwand gegen die Kritiker der Presse, es sei verfehlt und zeuge von oberflächlicher Auffassung der Dinge, wenn man die Presse, die ja in ihrer ganzen Entwicklung und heutigen Gestalt nur ein Produkt des allgemeinen gesellschaftlichen Werdeprozesses sei, aus dem Komplex dieser Gesamterscheinungen heraushebe und nur an ihr tadele, was ein allgemeines Kennzeichen der Zeit geworden sei . . . dieser Einwand trifft vorbei. Denn es geht nicht darum, daß die Zeitung Anzeigen kommerzieller Natur gegen Entgelt bringt, *sondern daß sie außerdem noch etwas bringt:* nämlich Nachrichtenmaterial, das, wiewohl völlig bedingt vom Inseratenteil, dazu bestimmt ist, die geistigen politischen wirtschaftlichen Anschauungen des Lesers zu formen.

Diese Abhängigkeit der Redaktion von der Administration hat Lassalle veranlaßt, ein Gesetz zu fordern, „welches jeder Zeitung verbietet, irgendeine Annonce zu bringen und diese ausschließlich und allein den vom Staate oder von den Gemeinden publizierten Amtsblättern zuweist . . . Von Stund' an hören die

9. id. p. 77.
10. op. cit. p. 168.

Zeitungen auf, eine lukrative Geldspekulation zu sein, von Stund' an ziehen sich die spekulierenden Kapitalien von ihnen zurück ... Von Stund' an hört der Zeitungsschreiber von Metier auf, und an seine Stelle tritt der Zeitungsschreiber von Beruf! Von Stund' an existieren nur solche Zeitungen . . , welche ohne Rücksicht auf lukrative Bereicherung die Mission in sich fühlen, für die geistigen Interessen und das Wohl des Volkes zu kämpfen".[11]

Zu diesem Vorschlag eines verstaatlichten Inseratenwesens ist zu sagen, daß die *Abhängigkeit der Zeitung vom Inseratenteil nicht gleichbedeutend* ist mit einer *Abhängigkeit von den einzelnen inserierenden Kunden.* Es gibt sehr bekannte und verbreitete Blätter, deren großer Inseratenteil zusammengesetzt ist aus vielen „kleinen Anzeigen". Diese liefern, als Ganzes betrachtet, jene gewaltige finanzielle Fundierung, ohne die, wie wir gesehen haben, eine Zeitung nicht existieren könnte. Wäre nun bei allen diesen Kleinkunden der gleiche politische Wille oder das gleiche wirtschaftliche Interesse vorhanden, die Publizität, die sie der Zeitung erst ermöglichen, für ihre eigenen Zwecke zu gebrauchen, dann wäre allerdings nach wie vor der Einfluß des Inseratenteils auf die Redaktion maßgebend. Aber hiervon kann keine Rede sein. Abgesehen, daß eine Einigung *dieser* Inserenten nicht möglich wäre, ist allen diesen Kleinkunden nichts gleichgültiger als die politische Haltung des Blattes, in welchem sie, zumeist doch nur ein oder wenige Male, ihre Annoncen aufgeben. Die „Kleinen Anzeigen" sind in den meisten Städten das Privileg eines Blattes. Das Publikum inseriert dort, weil jeder Einzelne weiß, daß alle Bekannten in ihm zu inserieren pflegen, wenn sie irgendeine Tatsache bürgerlicher Lebenshaltung der Öffentlichkeit mitteilen wollen. Zu einem großen Teile sind die Inserierenden auch gar nicht Leser des betreffenden Blattes. Die merkantile Verbindung zwischen Annoncenkunden und Zeitung ist also in diesem Fall ein *einmaliges* Ereignis; wiewohl die große Masse dieser Kleinkunden täglich auf vielen Seiten des Inseratenteils gleichsam als geschlossene Gruppe erscheint, ist sie ohne formenden Willen auf

11. Lassalle, Die Feste, die Presse . . . o. J.

den redaktionellen Teil der Zeitung; eben, weil die überwiegende Mehrheit *dieser* Inserenten nur einmal mit der Zeitung in Kontakt tritt.

13. Das Telegramm-Material kann daher von einer Formung durch den kapitalistischen Druck der Inserenten unter bestimmten Umständen frei sein und unterliegt in diesem Fall nur den übrigen Instanzen. Zeitungen dieser Art sind (daher) verhältnismäßig unabhängig, da die inserierenden Massen der bürgerlichen Mittelschichten und des Proletariats, die zusammen das Hauptkontingent für die „Kleinen Anzeigen" bilden, nie als geschlossenes Ganzes, sondern immer nur als viele Einzelne mit der Zeitung in Berührung kommen.

Eine wesentlich andere Situation entsteht, wenn eine Zeitung viele Inserate *einer bestimmten Industrie* bringt, wie es in den Großstädten mehr und mehr üblich wird, um die Konzentration und Rationalisierung des Wirtschaftslebens auch auf die Presse zu übertragen. Hier setzt dann die Einwirkung der jeweiligen industriellen Verbände ein.

Außerdem ist gegen Lassalles Gedanken einzuwenden: die Ausführung seines Vorschlages würde keine Bürgschaft für eine unabhängige Presse bieten. Es muß doch auch die Frage aufgeworfen werden, ob die Verstaatlichung des Inseratenwesens das merkantile Element in der Zeitung verschwinden ließe. Garr hat zweifellos recht, wenn er schreibt, dieses Element im Pressewesen ruhe nicht allein in den Inseratenseiten, und weiter bemerkt: „es ist vielmehr tatsächlich mit der Presse geboren, es ist keine Folge des Inseratenwesens, sondern kommt nur im Inserat vorzüglich zum Ausdruck. Es würde bestehen, auch wenn die Zeitungen niemals Annoncen veröffentlicht hätten, wie es ja in früheren Zeiten lange genug der Fall gewesen ist. Amputiert man heute das Annoncenwesen, so wird sich die auf Gewinn gerichtete Absicht, in welcher die Zeitungen ja schließlich meistens gegründet und betrieben werden, in anderen Formen zur Geltung bringen".[12] Um eine Spekulation mit dem Telegramm-Material zu verhindern, müßte also Lassalles Vorschlag erweitert werden, und zwar so, daß der Staat neben dem

12. op. cit., p. 3.

Monopol der Inseratenveröffentlichung auch die unumschränkte Herrschaft über das Telegramm-Material erhielte. Wir kämen damit zu dem Problem der Verstaatlichung des gesamten Zeitungswesens, einer Utopie, von der viele Kenner bisher behaupteten, daß ihre Realisierung eine Unmöglichkeit wäre; reine Nachrichtenblätter scheinen ein Nonsens zu sein. Dagegen ist zu sagen, daß der Begriff „Zeitung" an sich keineswegs die Unmöglichkeit einer Staatspresse involviert. *Als Mittler zwischen Zeit und Mensch ist sie sehr wohl in den Händen des Staates denkbar.* Freilich müßte dann der Staat die Form der Diktatur haben, oder es müßten neue Kategorien aufgestellt werden, wonach z. B. italienische oder russische Zeitungen nicht mehr dem Begriff „Zeitung" zu subsumieren seien. Ein anderes wäre die Behauptung, daß lediglich in Demokratien die Zeitung „Lebensrecht" besäße — dies aber geht über die Analyse der Möglichkeiten in der Nachrichtenpolitik hinaus.

Der politische Druck auf das Nachrichtenmaterial.

14. Ebenso wie bei der Siebung des Nachrichtenmaterials durch die Telegraphenbüros deren offiziöse und politische Gebundenheit erkennbar ist, ebenso ist es nun bei der einzelnen Zeitung, die in den Besitz dieses vorgeformten Materials gelangt. Niemals erfährt der Leser *unmittelbar.* Denn selbst wenn man sich eine Zeitung dächte, die bei sämtlichen Telegraphenbüros Abonnements unterhielte, im Besitz eigener Funkstation wäre, in allen größeren Metropolen Vertreter hätte: so wäre die Nachrichtenpolitik nur in besonders großem Maße in *ihre* Hand gegeben. Der Leser müßte nach wie vor *geformtes Material* hinnehmen. Wir haben die *kapitalistischen Einflüsse* analysiert — die Einwirkung *politischer Kräfte* ist nicht geringer. Auch wenn wir die praktische Unmöglichkeit konzedieren, Wirtschaft und Politik zu trennen und die Unmöglichkeit rein politischer Telegramme annehmen, so läßt sich doch der Einfluß der Politik besonders gut an solchen Notizen aufweisen, die für die Mehrzahl der Leser rein politisch sind, z. B. *Wahlnachrichten.*

15. Die Macht der Zeitung beruht zum großen Teil darauf,

daß sie Dinge umformt, die der Leser für nicht-umformbar hält, weil sie ihm als Konkreta gegeben werden. Wir haben die Selbstdefinition einer Zeitung erwähnt, wonach es ihre Pflicht sei, die Leser „über den Tatbestand einer politischen Materie zu informieren". Sofern es sich bei einer solchen Materie um die Darlegung politischer Probleme handelt, ist bei der Vieldeutigkeit des Materials für den Kommentar der Zeitung (der *nach* der Publizierung des Tatbestandes einsetzt) die subjektive Haltung eine Selbstverständlichkeit; zumal ja bei einem politischen Problem es dem subjektiven Empfinden durchaus anheimgestellt ist, zu fragen, was denn eigentlich der Tatbestand einer politischen Materie sei, wo er beginne, wo er aufhöre, was zu ihm gehöre, was abzulehnen sei. Anders jedoch, wenn es um die Publizierung von Nachrichten geht, die, offenbar durch sich selbst wirkend, jeder Formung zu widerstreben scheinen. Eine Wahlnachricht sollte durch ihren eindeutigen Zahlencharakter außerhalb des Formungswillens der Zeitung stehen. Aber eben hier zeigt es sich, daß weit mehr Möglichkeiten in der Nachrichtenpolitik liegen, als die zuständige Literatur erwähnt. Als Beispiel diene im folgenden die Analyse des Wahlresultates bei der Reichspräsidentenwahl vom 1. März 1932.

Wir geben zunächst das reine Zahlenmaterial, wie es am Ende der Wahlnacht feststand:

Es wurden abgegeben insgesamt 37 685 036 Stimmen.

Davon erhielten:

Hindenburg	18 654 690	gleich 49,6 %
Hitler	11 341 360	gleich 30,1 %
Thälmann	4 982 939	gleich 13,2 %
Düsterberg	2 558 938	gleich 6,8 %.

Wir haben es also hier mit einem Material zu tun, dessen Tatbestand allen Zeitungen gleichmäßig zugeströmt war; ein nicht geringer Teil der Leserschaft erfuhr dieses Resultat ebenso rasch durch den Rundfunk wie die Zeitungen selbst; welche Einschränkung der Pressemacht durch den Rundfunk gegeben worden ist und in steigendem Maße gegeben sein wird, erörtern wir im Schlußkapitel. Dieses eindeutige Ergebnis wurde in der Presse in den Montagsausgaben u. a. mit folgenden Schlagzeilen versehen:

1. Hindenburg bleibt!
2. Hindenburg knapp unterlegen.
3. Das Volk will Hindenburg.
4. Volksmehrheit gegen Hindenburg.
5. Hitler geschlagen!
6. Hindenburgs Niederlage.
7. Klare Kräftebestätigung der NSDAP.
8. Hindenburg bleibt — Hitler geschlagen
   Laßt Zahlen sprechen!
9. Hitler gewinnt 5 Millionen Stimmen.
   Laßt Zahlen sprechen!
10. Die Nationalsozialisten sammeln über 11 Millionen Wähler um Hitler.
11. Hitlers Niederlage!
12. 11341360 Stimmen für Hitler.

Welches sind nun die Richtlinien, nach denen im vorliegenden Falle die Presse ihre Formungsarbeit am Zahlenmaterial ausgeübt hat? Gibt es überhaupt gemeinsame Prinzipien, die bei solch divergierender Bewertung aufzuzeigen wären? Gibt es in der Presse Formungsprinzipien, die, wiewohl nicht theoretisch anerkannt, der Praxis der einzelnen Zeitung einen so großen Spielraum lassen, wie es die obige Zusammenstellung zeigt? Wir glauben, diese Frage, die der Kern unserer Arbeit ist, bejahen zu dürfen und beginnen mit der Kritik der *ersten* Formung, die, allen Überschriften gemeinsam, infolge ihrer Selbstverständlichkeit oft übersehen wird:

a) keine Zeitung bringt *als erstes* das exakte Zahlenmaterial; jede bietet statt dessen *in der Überschrift bereits einen Kommentar.* Man könnte demgegenüber einwenden, daß die typographischen Grenzen des Zeitungsformats eine Zusammenziehung auf das Prägnanteste geböten. Dies erfordert die Gegenfrage, nach welchen Prinzipien denn das Prägnanteste dieses Wahlresultats hervorgehoben wird? Die Antwort lautet: es muß in der Überschrift und durch sie der Stimmung der Leserschaft Rechnung getragen werden, ohne mit der Wahrheit des Zahlenmaterials in offenkundigen Widerspruch zu geraten. Betrachten wir daraufhin unser Paradigma, so ist der zweite Teil der Antwort ohne weiteres erwiesen:

b) sämtliche Überschriften stehen mit der Wahrheit in Übereinstimmung. Eine Vergleichung der einzelnen Schlagzeilen mit dem Zahlenmaterial beweist diese Behauptung, nur daß es

sich bei der einen Überschrift um den prozentualen Anteil handelt, bei der anderen um die Wählerzahlen, ein drittes Mal um den Stimmenzuwachs einer Partei, usw.

Eine Forderung des Formungsprinzips: Übereinstimmung zwischen Überschrift und Inhalt, ist somit erfüllt. Die zweite Forderung: den Wünschen der Leser Rechnung zu tragen, scheint nur für einzelne Zeitungen möglich zu sein; für jene, deren Kandidat gesiegt hat. Hier setzt aber der Formungswille der Leserschaft ein und begegnet sich mit dem Wunsch der Zeitung, wie auch immer das Resultat lauten möge, jenen Willen zu befriedigen. Rein mathematisch betrachtet müßte es eigentlich unmöglich sein, aus den erwähnten Titeln bereits auf den politischen Charakter der Zeitungen zu schließen. Dies ist bekanntlich nicht der Fall und es gehört wenig Übung dazu, die einzelnen Titel politisch zu klassifizieren; ja sogar nach Nationalitäten zu ordnen (No. 7 – Tribuna; No. 10 – Lavora Facista).

Die Überschriftformulierung braucht nicht mit einer Formung des Ereignisses beendigt zu sein, sondern kann unter Umständen, dem politischen Wollen seiner Leser schon vorauseilend, gleichzeitig eine Parole für die Zukunft sein. Hierzu gehören Überschriften, die, theoretisch formuliert, anscheinend nur einen bestimmten Augenblick einer ständigen (Aufwärts)-bewegung rasch fixieren, den (noch) nicht (völlig) errungenen Sieg aber in nächster Nähe erscheinen lassen; als Beispiel diene die Überschrift des „Völkischen Beobachters": 11341360 Stimmen für Hitler, die ihre starke Wirkung zudem noch dem typographischen Hilfsmittel verdankt, die Ziffern eng aneinander gereiht ohne die übliche Dreigliederung zu drucken. Da es dem Auge nicht ohne weiteres möglich ist, den Ziffernhaufen zu gliedern, bleibt als erster Eindruck die vage Empfindung einer ungeheuren Summe.

Der Sprung von 6 Millionen Wählern (1930) auf 11 Millionen (1932) wird auch in der Überschrift:

Hitler gewinnt 5 Millionen Wähler!

Laßt Zahlen sprechen!

als formendes Prinzip für die nahe Zukunft verwendet. Wir

haben somit zwei Formungsprinzipien gefunden, die für die Zeitung, wiewohl unausgesprochen, gelten:

a) die Formung der Nachricht muß mit dem tatsächlichen Inhalt in Übereinstimmung stehen,

b) das Ereignis muß in eine Form gebracht werden (durch Kommentar, Plazierung, typographische Behelfe), die den Wünschen der Leserschaft entgegenkommt.

16. *Die Umformung des Telegramms gewährt größere Einwirkungsmöglichkeiten als seine Unterdrückung.* Wir beginnen mit der Überschrift einer Nachricht. Ihr Zweck ist, den Inhalt wiederzugeben. Was aber bedeutet die Forderung einer „Wiedergabe"? Der objektivste Titel (der also dem Ideal objektiver Berichterstattung entspräche) wäre z. B. für ein Wahltelegramm aus Braunschweig:

Wahlen in Braunschweig.

Warum begegnet eine Überschrift dieser Art dem Leser relativ selten? Weil in diesen Fällen die Zeitung von der Norm, aus jeder Meldung ein Maximum an Wirkungsmöglichkeit im Titel zu verdichten, abgewichen ist; dies aber geschieht nur in solchen Fällen, in denen der Inhalt der Meldung beim Leser Unlustgefühle hervorrufen würde und eben daher ist es möglich, aus dieser nüchternen, objektiven Überschrift bereits das vermutliche Wahlresultat annähernd zu erschließen. Demgemäß wird also durch die Wahl gerade dieser objektiven Überschrift versucht, den Inhalt des Telegramms in seiner Wirkungsmöglichkeit soweit wie möglich zu beschränken. Das Mittel, wodurch und womit dies geschehen kann, beruht auf einer psychologischen Spekulation: Der Leser liest die Zeitung nicht, wie er ein Buch zu lesen pflegt, Zeile für Zeile; vielmehr sucht er das heraus, was ihn interessiert. Um dieses Interesse in der Kürze der Zeit, die er an die Lektüre der Zeitung zu wenden pflegt, befriedigen zu können, bedarf es für ihn Anhaltspunkte innerhalb der Zeitungskolonnen. Er verlangt daher, daß der Inhalt dieser Kolonnen mittels Überschriften derart geordnet ist, daß er die Wahl hat, zu lesen, was er wünscht. Die Zeitung besitzt also durch die Redaktion der Überschriften ein Mittel, das Interesse des Lesers dahin zu lenken, wohin sie es für richtig hält *und*

sogar: abzulenken! Dies letzte: durch eine Überschrift zu versuchen, den Leser vom Lesen abzuhalten — scheint paradox zu sein, ergibt sich aber aus dem Formungswillen der leitenden Instanzen. Die politische Gebundenheit der Zeitung verlangt, daß Meldungen, deren Inhalt in politischer Hinsicht der Tendenz des Blattes unangenehm sind, — unschädlich gemacht werden. Eine erste Möglichkeit dieser Art wäre die Unterdrückung der Meldung. Hier handelt es sich jedoch um eine Wahl, deren vermutlicher Ausgang in der Allgemeinheit und in der Presse vorher diskutiert worden ist. Die Allgemeinheit erwartet also das Zahlenmaterial. Die Zeitung muß somit, selbst wenn das Ergebnis ihre Partei in Verlust zeigt, ihrer Pflicht als Chronik alles Geschehens genügen und sich zur Wiedergabe bequemen. Jetzt aber ist eine zweite Möglichkeit gegeben, den Inhalt und seine Wirkung unschädlich zu machen. Es wird eine Überschrift gesucht, die folgende Anforderungen erfüllen muß:

a) Sie darf den Inhalt, die Wahlniederlage, nicht nennen, weil eine Überschrift dieser Art, also z. B. „Wahlniederlage der N-Partei" trotz ihres objektiven Charakters im Abonnenten ein Unlustgefühl erregen wird.

b) Die Überschrift darf andererseits dem Inhalt nicht widersprechen, um keinen offenkundigen Widerspruch zu zeigen.

c) Sie darf nicht anreizen zur Lektüre.

Wenn also, zusammengefaßt, die Überschrift das Resultat nicht melden, mithin nicht berichten darf, W I E gewählt worden ist, so ist dennoch erlaubt zu melden — D A S S überhaupt gewählt wurde. Die Überschrift „Wahlen in Braunschweig" erfüllt beide Forderungen. Sie besagt nichts über das Resultat; sie erfüllt ihre Pflicht als „Mittler"; sie bietet durch ihre stilistische Formulierung dem Auge des Lesers, das die Kolonnen überfliegt, den geringsten Halt. Ja, selbst wenn er das Telegramm trotz seines nüchternen Titels lesen wird, ist die Möglichkeit gegeben, daß er den Inhalt dank der Formung der Überschrift *gering* bewertet. Die Presse rechnet also auf ihre Autorität beim Leser, wenn sie eine solche Überschrift wählt. Die geringe Bewertung der Nachricht durch die Zeitung, eine Bewertung, die ja schon in der Überschrift zum Ausdruck gekommen

ist, hat große Wahrscheinlichkeit für sich, beim Leser eine ähnliche Reaktion in Bezug auf den Inhalt zu erregen.

Ähnlich steht es mit der Formung der Nachricht selbst. Mit Recht schreibt David: „Es ist ganz in die Hand des Sichtenden und Einrückenden, des Redakteurs gelegt, auf was er die Aufmerksamkeit der Leserschaft hinlenken will. Schon die *Anordnung* gibt ihm eine große Macht . . . Typographische Behelfe kommen dazu und werden immer bewußter genutzt".[13] Wer z. B. die typographische Wiedergabe der Reichstagdebatten in Blättern verschiedener Richtung einer Vergleichung unterzieht, wird von Zeitung zu Zeitung einen verschiedenen Eindruck erhalten. Hierbei ist noch abgesehen von dem Wahlakt, der die Redner der eignen Partei ausführlich und in extenso wiedergibt, hingegen die übrigen Sprecher auf ein oft völlig sinnloses und verstümmeltes Residium zusammenstreicht. — Abgesehen also von dieser verschiedenen *Raum*bewertung kann allein durch typographische Einwirkung der *gleiche Wortlaut* einer Rede in der Bewertung beim Leser völlig divergieren. Jede Zeitung versucht, das Interesse des Lesers in eine bestimmte Richtung zu lenken; demgemäß wird durch den Druck hervorgehoben, was die Ansicht der politischen Leiter der Zeitung zu unterstützen scheint. Die psychologische Erwägung für die Gestaltung des Textes ist die gleiche wie bei der Stilisierung der Überschrift. Insbesondere sind programmatische Erklärungen der Regierung dieser typographischen Einwirkung ausgesetzt. Das Amt des Kanzlers bringt es mit sich, daß die Reden seines Trägers möglichst jede Partei zur Zustimmung der von ihm inaugurierten Politik veranlassen sollen. Daher ist ihre typographische Darstellung zahlreichen Schattierungen unterworfen, in deren jeder der Druck der politischen Instanzen nachzuweisen ist. Während auf der einen Seite die Presse der Regierungsparteien bemüht ist, alles, was für die Berechtigung der Kanzlerpolitik zu sprechen scheint, im wahren Sinne des Wortes „hervorzuheben" — pflegt die Opposition jede Andeutung innerer oder auswärtiger Schwierigkeiten im Sperrdruck zu bringen. Im letzten Fall z. B. wird also der Leser mit hoher Wahrscheinlichkeit (um

13. David, Die Zeitung, 1906, p. 54.

nicht zu sagen: mit Sicherheit) — den Eindruck eines katastrophalen Versagens der Kanzlerpolitik erhalten.

17. Die *typographische* Formung des Nachrichtenmaterials findet ihr Korrelat in der *räumlichen* Bewertung. Es ist des öfteren versucht worden, aus dem Verhältnis des Rauminhalts der einzelnen Ressorts weitgehende Schlüsse auf den Charakter der Presse eines bestimmten Landes zu ziehen oder: durch den Nachweis einer Verschiebung dieses Verhältnisses eine Änderung der Interessen der öffentlichen Meinung aufzuzeigen. Die Vergleichung etwa des Sportteils in der Presse der Gegenwart mit dem gleichen Ressort vor zwanzig Jahren erweist deutlich die veränderte Bewertung. Freilich entbehrt dieses häufig erwähnte Beispiel für die Priorität der öffentlichen Meinung im Verhältnis zur Presse, also der Formung der Presse *durch die öffentliche Meinung*, absoluter Überzeugungskraft. Es kann doch wohl nicht geleugnet werden, daß, im mindesten ebenso starken Maße wie für den Sport, das öffentliche Interesse sich den Vorgängen in der Politik zugewendet hat. Das Ressort „Politik" ist aber nicht in gleichem Maße gewachsen, wie es eigentlich dem Verhältnis entspräche. Die Zeitung hat sich für die Förderung und Erweiterung desjenigen Ressorts entschlossen, welches am wenigsten dazu neigt, bei den Lesern irgendeine unerwünschte Reaktion zu erregen. Dies aber ist weit weniger bei Sportnachrichten der Fall als bei politischen Telegrammen, bei denen eine ungeschickte Formulierung nachhaltigere Wirkungen auszuüben vermag als im Sportteil. Die Vergrößerung des Sportteils ist also nicht *nur* ein Eingehen auf eine Strömung der öffentlichen Meinung, sondern zeigt zugleich das Bestreben, soweit wie möglich Reibungspunkte zwischen Leser und Zeitung auszuschalten, um keinen Prestigeverlust zu erleiden. Es ist ein immanentes Gesetz *jeder* Zeitung, die Reflexion des Lesers von der Rolle der Zeitung als Vermittlerin zwischen Zeit und Mensch abzulenken: hierzu bietet die Überbetonung des Sportteiles Möglichkeiten genug.

Einer besonderen Kritik muß der Versuch unterworfen werden, mit Hilfe der Statistik die Spiegelung der verschiedenen Interessensphären in den einzelnen Ressorts nachzuweisen. So hat Löbl die Ergebnisse einer französischen Statistik veröffent-

licht,[14] deren Tabelle zeigt, daß z. B. innere Politik mit 7,5 % des Rauminhaltes vertreten ist; äußere Politik mit 8%; Theaternachrichten mit 6,4 %; Reklame 27,5 % usw. — Löbl's Kritik nun, der Verfasser dieser Statistik habe vergessen, daß es Dinge gebe, die ihr literarisches Dasein ausschließlich in der Presse ausleben, wie die Ereignisse der lokalen Chronik; andere aber wie Wissenschaft, Literatur, ihre Existenz vornehmlich im Buche führen, trifft gewiß z. T. zu, aber die Statistik geht ja von einem fundamentalen Irrtum aus: daß nämlich *der Wert des Raumes überall der gleiche sei,* daß 30 % der ersten Seite gleichwertig seien 30 % der vierten Seite des dritten Beiblattes; daß, in Verfolg dieser falschen Annahme, für die Bewertung eines Telegramms durch den Leser (oder aktiv vom Standpunkt der Zeitung gesehen: daß es für die Wirkung der Meldung) irrelevant sei, *wo* das Telegramm vor sein Auge tritt. Ein fundamentaler Irrtum! Die erste Seite mit dem Leitartikel ist in der deutschen und französischen Presse die wichtigste und kann, je nach ihrem Inhalt, ihrer typographischen „Aufmachung", ein vielfaches an Bedeutung gewinnen gegenüber den übrigen, unter denen wiederum zahlreiche, durch psychologische Erwägung und dementsprechende Einteilung erzielbare Unterschiede möglich sind. Ein Telegramm, das auf der ersten Seite, an augenfälliger Stelle, unter typographischer Hervorhebung erscheint, erhält in den Augen des Lesers einen weit größeren Wert, ihm wird eine viel höhere Bedeutung zugemessen, als etwa einem Telegramm, das auf der dritten Innenseite unter den Meldungen „aus aller Welt" fungiert. Wie schwerwiegend die Placierung eingreift, beweist eine Vergleichung zweier Zeitungen, die beide zwei Telegramme A und B über an sich gleichwertige Ereignisse a und b erhalten haben sollen. Nehmen wir an, die eine Zeitung wünsche aus irgendeinem Grunde die Aufmerksamkeit des Lesers auf das Ereignis a zu lenken, so wird sie das Telegramm A mit einer packenden Überschrift versehen und auf die erste Seite setzen; das Telegramm B (über b) als belanglos unter allgemeine Nachrichten. Stellen wir uns nun vor, die andere Zeitung habe ein besonderes Interesse an

14. a. a. O. S. 39.

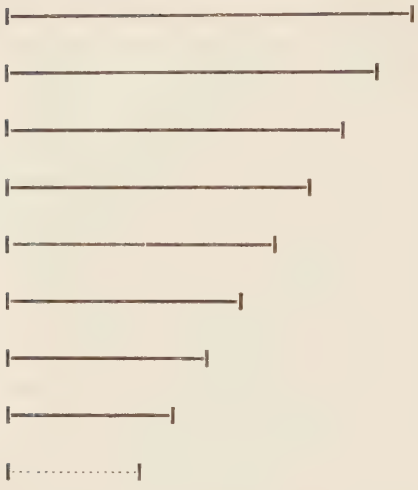
der Weitergabe und Propagierung des Ereignisses b, (vielleicht, um das Interesse vom Ereignis a abzulenken . . .) und verfahre nun mit den beiden Telegrammen umgekehrt, so malt sich an diesem Tage die Welt in den Köpfen zweier Abonnentenmassen grundverschieden. Diese verschiedene Bewertung des Raumes hat auch im Inseratenwesen ihren Einzug gehalten: die Zeitungen verlangen für besonders auffällig placierte Inserate besondere Gebühren. Ein Inserat auf der Innenseite links oben, also an einer für das durchhastende Auge besonders empfänglichen Stelle, kostet erheblich mehr als nach dem sogenannten Zeilentarif dafür berechnet werden dürfte; übertroffen an Wirkung (und an Kosten) wird es nur durch jene Notizen, deren merkantiler Charakter infolge der Mimikry an die redaktionellen Ressorts kaum erkennbar ist, weil sie sich das Air redaktioneller Mitteilungen zu verschaffen wissen. — Sogar das Strafgesetz hat diese Möglichkeit, von einem unerwünschten Tatbestand durch eine, der Aufmerksamkeit ungünstige, Placierung abzulenken, entdeckt. Es ist im österreichischen Strafgesetz (Preßgesetz § 23) Vorsorge getroffen, daß, soweit die Ehre des Einzelnen beleidigt worden ist, von der beleidigenden Zeitung eine einwandfreie und wahre Berichtigung unter Berufung auf den Preßparagraphen *„an gleichem Ort und in gleichen Lettern"* zu bringen ist.[15]

Ich möchte diesen Umschmelzungsprozeß des Telegrammmaterials graphisch verdeutlichen, indem ich jede Einwirkung, sei es durch Auswahl oder Bewertung oder Rücksichtnahme auf Interessenten usw., also quantitative, qualitative und (Weglassung) negative Einwirkungen darstelle durch eine Verminderung der graphischen Größe. Es ergibt sich dann folgendes Bild, das den oben analysierten Prozeß zusammenfaßt und deutlich die ungeheure Wirkung dieser ununterbrochenen Formung am Nachrichtenmaterial aufzeigt.

---

15. Ebenso im deutschen Preßgesetz (§ 11). „Über die Art und Weise des Abdrucks enthält das *italienische* Preßgesetz keine Regelung. Jedoch wird die Verpflichtung der Zeitung nicht als erfüllt angesehen, wenn der Abdruck der Entgegnung in einer besonders unauffälligen Form gebracht wird." Das italienische Preßgesetz, Dr. Erich Röhrbein, Bln. 1931, p. 46.

Der Umschmelzungsprozeß des Telegramms.



1. Das Rohmaterial der Nachricht vor dem Prozeß.
2. Geographische Gebundenheit der Nachrichtenbüros.
3. Offizielle Gebundenheit der Nachrichtenbüros.
4. Kapitalistische Gebundenheit der Nachrichtenbüros.
5. Politische Gebundenheit der Zeitung.
6. Kapitalistische Gebundenheit der Zeitung.
7. Bewertung durch besondere Placierung.
8. Bewertung durch typograph. Wirkung.
9. Bewertung durch Kommentar.

In der graphischen Darstellung lassen sich die vielen Variationen negativer Einwirkungen, z. B. die Unterdrückung der Meldung *bereits in der ersten Instanz* der Nachrichtenbüros, nicht verdeutlichen. „Das Telegramm" ist in der Zeichnung als Begriff gedacht; daher mußte zum Hilfsmittel einer ständigen fortschreitenden Verminderung gegriffen werden, um dem Begriff der Nachrichtenpolitik in allen seinen Formen gerecht zu werden. Es bedarf keines Hinweises, daß in der Theorie ein Telegramm denkbar wäre, das, ohne besondere Formgebung, in allen Zeitungen gleichmäßig auftaucht, überall an derselben Stelle placiert, in jeder Zeitung in gleicher Type erscheint. Ein solches Telegramm wäre theoretisch möglich; für die Praxis bedeutete es eine Durchbrechung der Regel.

Der Kommentar.

Ich habe in der graphischen Darstellung, um die Zeichnung nicht zu verwirren, die letzte Wertung oder Umformung durch einen Kommentar ebenfalls durch eine Reduzierung der Größe vorgenommen. Die Möglichkeit, das Telegramm in seiner Wirkung aufzuheben, es als Mittel zu verwenden für einen Zweck, der seiner ursprünglichen Natur vielleicht entgegengesetzt ist, würde den Rahmen des Bildes gesprengt haben und sei daher

gesondert betrachtet. Gesetzt den Fall, die Aufgabe der Presse endige mit der achten Umformung, die Telegramme würden also kommentarlos wiedergegeben, so wäre zwar durch Aufnahme, Placierung, Wahl der Type usw. bereits eine starke Tendenz zum Durchbruch gekommen; ein wesentliches Moment der Beeinflussung wäre aber noch außer Acht gelassen. Die ungeheure Fülle der Meldungen macht dem Leser jede genauere *Nachprüfung des Wahrheitsgehaltes* unmöglich. Er ist daher auch gegenüber dieser letzten Einwirkung in passiver Situation; sein Denken und Urteilen kann durch einen geschickten Kommentar besonders gut gelenkt werden. Diese Wirkung des Kommentars, der infolge seines sofortigen unmittelbaren gleichzeitigen Auftretens den Inhalt jedes Telegramms unwirksam machen kann, ist bekannt. So enthält die sog. zweite Notverordnung der Deutschen Regierung des Jahres 1931 u. a. das Verbot, Berichtigungen, die von der Regierung einer Zeitung zugegangen seien, in der *gleichen* Nummer zu kommentieren. Die Wirkung des Kommentars besteht aber im wesentlichen in seinem unmittelbaren Anschluß an die Meldung — eine zeitliche Verschiebung macht seine Wirkung illusorisch. Dies erklärt die fast einstimmige Verurteilung jenes staatlichen Eingriffes, wie sie in der Presse zu beobachten war. Der Kommentar ist zwar die letzte Möglichkeit der Einwirkung — aber er ist die wichtigste.

Schlußbemerkungen.

I.

Die Vielheit der Definitionen, was denn eigentlich eine Zeitung sei, erklärt sich aus der Komplexheit des Gegenstandes; um allen Funktionen gerecht zu werden, muß jede zumindest Erwähnung finden. Sogleich aber erhebt sich die Frage, ob *alle* Funktionen der Zeitung gleichmäßig zu werten seien oder ob eine bestimmte von ihnen in hervorragendem Maße geeignet wäre, das Wesen der Zeitung darzulegen. Eine besonders knappe Definition nennt folgende drei Kennzeichen: „die Zeitung vermittelt jüngstes Gegenwartsgeschehen in kürzester regelmäßiger Folge der breitesten Öffentlichkeit".[16]

16. Dovifat, Zeitungswissenschaft, I p. 9.

Wenn wir diese Begriffsbestimmung verbinden mit einer Kategorie des sozialen Verhaltens des Menschen: der verbalen Beeinflußbarkeit der Überzeugung — dann liegt für uns das wesentlichste Moment jener Definition in der *ständigen regelmäßigen Einwirkung*. Alle bisher erwähnten Formungskräfte der Zeitung erhalten erst durch diese Regelmäßigkeit ihre starke Wirkung. Die regelmäßige Wiederholung eines bestimmten Gedankens kann eine These in ein Axiom verwandeln; die formende Kraft des Schlagwortes, des Klichés ist bekannt. Auf dieser Regelmäßigkeit „ruht ein gut Teil der Bindungen, die den Leser mit der Zeitung verknüpfen und auf denen sich im weitesten Maße nicht nur die geistige Wirkung, sondern auch die wirtschaftliche Kraft der Zeitung aufbaut".[17] Diese Wirkung ist aber nur zu erklären, wenn beim Leser gewisse Reaktionen erwartet werden können, wobei in unserem Falle auch ein Nicht-Tun als Reaktion zu verstehen wäre. Wenn der Mensch „von Haus aus eine Tendenz besitzt, alle dargebotene Überzeugung anzunehmen" und „Gläubigkeit . . . eine allgemeine Eigenschaft des Menschen ist",[18] so ist damit zwar einem späteren Einsetzen der kritischen Denkhaltung die Wirkungsmöglichkeit keineswegs verschlossen. Während aber nun jene Bereitschaft zur Gläubigkeit bei einem Gespräch oder bei einer vereinzelten Lektüre durch die kritische Denkweise eingeschränkt werden kann und eingeschränkt wird, ergeben sich wesentlich stärkere Schwierigkeiten, wenn es sich darum handelt, den eigenen Standpunkt gegenüber der *ständigen Einwirkung* durch die Zeitungslektüre zu bewahren oder zur Geltung zu bringen. Die kritische Denkweise kann nur dort angewandt werden, wo die dargebotenen Fakten nachprüfbar sind. Die Universalität des Zeitungsinhaltes steht jedoch über dem Fachwissen des einzelnen Lesers und entzieht sich zum größten Teil seiner Kontrolle. Hierbei sei noch ganz abgesehen von der Schwierigkeit, das nicht vorhandene Material zu eruieren. Die gemeldeten Ereignisse pflegen im allgemeinen einer Prüfung ihres Wahrheitsgehaltes Stand zu halten; die Wirkungsmöglichkeiten mit Hilfe der oben erwähnten stilistisch-typographischen Formungen be-

17. id. p. 12.
18. Vierkandt, Gesellschaftslehre, p. 124.

rühren nicht die Wahrheit der Nachrichten. Hier hat dann ein Satz Löbl's Berechtigung: „für die Presse muß die Richtschnur gelten, zwar nur Wahres zu melden, aber nicht alles zu melden, was wahr ist." Der Leser ist also nolens volens gezwungen, den größten Teil seiner Zeitungslektüre ungeprüft hinzunehmen, wobei aber bemerkt werden muß, daß diese Hinnahme noch keineswegs Zustimmung zu bedeuten braucht. Vielmehr gilt für die Fälle, in denen nachweislich die Gesinnung des Lesers nicht mit der Zeitung übereinstimmt (bekanntestes Beispiel: der politisch linksorganisierte Berliner Arbeiter als Leser des deutschnationalen Berliner Lokalanzeigers oder der demokratischen Berliner Morgenpost) — daß eine gewisse vage Skepsis als Grundhaltung die Lektüre zu begleiten pflegt; im allgemeinen erweist sich die Parteizugehörigkeit, wie das Verhältnis zwischen Auflagenhöhe und Wahlstimmen zeigt, der Einwirkung durch die Nachrichtenpolitik überlegen.

II.

Wenn man in Übereinstimmung mit der Fachliteratur die moderne Presse mit der französischen Revolution beginnen läßt, dann sind die Wirkungsmöglichkeiten, die in der Presse liegen, d. h. *die Machtausübung mittels der Presse als Werkzeug und die Ausübung der Macht durch die Presse selbst* bereits damals erkannt worden. So hat z. B. Freiherr vom Stein die Entwicklung der Presse intuitiv richtig erschaut als er zu dem Generaldirektor der Königl. französischen Nachrichtenbüros sagte: „Sie haben mit der Presse ein Instrument in der Hand, mit dem Sie jeglichen Effekt der nationalen und kommunalen Politik erzielen können." Mit den nötigen Einschränkungen gilt dieser Satz auch heute noch. Die Presse ist ein Machtfaktor sui generis; ihr immanentes Wachstum, verbunden mit den Machtmöglichkeiten ihrer Sphäre, wird früher oder später jede Demokratie zu einer Revision des jetzigen status zwingen. In welcher Art und in welchen Formen die Presse in der Zukunft sich dem Betrachter darbieten wird, kann nicht vorausgesagt werden; *für die Demokratien der Gegenwart ist die Presse die von der Staatsverfassung vergessene Macht.*

Literatur.

Baschwitz, Kurt: Der Massenwahn. München 1923.
Bauer, Wilhelm: Die öffentliche Meinung. Tübingen 1914.
Bernhard, Ludwig: Der Hugenberg-Konzern. Berlin 1928.
Brunhuber, Robert: Das moderne Zeitungswesen. Leipzig 1907.
Bücher, Karl: Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde. Tübingen 1926.
David, J. J.: Die Zeitung. Frankfurt a. M. 1906.
Dietz, Hermann: Das Zeitungswesen. Leipzig 1910.
Dovifat, Emil: Die Zeitungen. Gotha 1925.
— Zeitungswissenschaft. Berlin 1931.
— Amerikanischer Journalismus. Stuttgart 1927.
Eltzbacher, Paul: Die Presse als Werkzeug . . . Jena 1918.
Erler, Kurt: Von der Macht der Presse. Berlin 1911.
Fuchs, Friedrich: Telegraphische Nachrichtenbüros. Berlin 1919.
Garr, Max: Die wirtschaftl. Grundlg. d. mod. Zeitungswesens. Wien 1908.
— Parlament und Presse. Wien 1908.
Geiger, Theodor: Die Masse und ihre Aktion. Stuttgart 1926.
— Die Gestalten der Gesellung. Karlsruhe 1927.
Groth, Otto: Die Zeitung. 1928, 1930.
Harms, Paul: Die Zeitungen von heute. Leipzig 1927.
Hellpach, Willi: Die geistigen Epidemien. Frankfurt 1907.
Hiller, Kurt: Presse und politische Kultur. 1927.
Jaspers, Karl: Die geistige Situation der Zeit. Berlin 1931.
Jung, Arthur: Die siebente Großmacht im Kriege. Berlin 1917.
Just, A. W.: Die Presse der Sowjet-Union. Berlin 1931.
Kantorowicz, Ludwig: Die sozialdem. Presse Deutschlands. Tübg. 1922.
Kircher, Rudolf: Engländer. Frankfurt a. M. 1926.
Lassalle Ferdinand: Die Feste, die Presse . . . o. J.
Levinsohn, Richard: Das Geld in der Politik. Berlin 1928.
Liegler, Leopold: Karl Kraus. Wien 1920.
Lippmann, Walter: Two revolutions. The Yale Rev. vol. XX.
Löbl, Emil: Kultur und Presse. Leipzig 1903.
Mohr, Martin: Zeitung und neue Zeit. München 1919.
Münzner, Gerhard: Öffentliche Meinung und Presse. Karlsruhe 1928.

Peters, Alfred: Die Zeitung und ihr Publikum. Dortmund 1930.
Posse, Ernst: Wesen und Aufgabe der Presse. Tübingen 1916.
— Zeitung, Publikum und öffentliche Meinung. Stuttgart 1914.
Schairer, Erich: Die Sozialisierung der Presse. Jena 1919.
Schöne, Walter: Die Zeitungen. Leipzig 1928.
Schönemann: Die Kunst der Massenbeeinflussung. Stuttgart 1924.
Sinclair, Upton: Das Geld schreibt. Berlin 1930.
Tönnies, Ferdinand: Kritik der öffentlichen Meinung. Berlin 1922.
Vierkandt, Alfred: Gesellschaftslehre. Stuttgart 1928.
Wettstein, Oscar: Die Tagespresse in unserer Kultur. Zürich 1903.
Wuttke, H.: Die deutschen Zeitschriften . . . 1875.

Lebenslauf.

Hans Bussmann wurde am 10. März 1903 in Bremen geboren als Sohn des Kaufmanns Johann Bussmann und seiner Ehefrau Bertha, geb. Meerkatz. Er besuchte die dortige Oberrealschule und verließ sie mit der Primareife. Im Dezember 1929 bestand er das sogenannte Examen für besonders Begabte und wurde an der Berliner Universität in der philosophischen Fakultät inskribiert. Die vorliegende Arbeit, als Aufsatz 1928 niedergeschrieben, erhielt ihren Charakter als Dissertation 1932.

Herrn Prof. Dovifat ist der Autor für Ergänzungsvorschläge und Literaturnachweisen zu Dank verpflichtet. Herr Prof. Vierkandt gab dieser Arbeit durch seine ständige Bereitschaft zur Diskussion ein besonderes Wohlwollen, für welches ihm an dieser Stelle nochmals in Verbundenheit gedankt sei.